

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7zeilrige Kolonelleiste oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorrück 2.00 M.; Familiennachrichten, die 7zeilrige Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleiste 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseratenannahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Einzelgeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Aufruf zum 1. Mai.

Der Weltfeiertag des sozialistischen Proletariats naht heran. In allen Ländern rüsten die proletarischen Organisationen, ihn durch wichtige Demonstrationen für die internationalen Klassenforderungen des Proletariats zu begehren.

In diesem Jahre erhält der Maifeiertag seine besondere Bedeutung durch die Krise, die zwischen den Siegern und den Besiegten des Weltkrieges neu ausgebrochen ist.

Der siegreiche Ententekapitalismus besteht auf seinem Schein, dem von der deutschen Reichsregierung unterschriebenen Friedensvertrag von Versailles. Die deutsche Reichsregierung sabotiert unter dem Druck der bayerischen und der preussischen Reaktion offen die militärischen Bestimmungen des Vertrages und weckt dadurch bei der Entente aufs neue Gefühle des Hasses, der Furcht und der Rache gegen Deutschland.

Auch über die Höhe der wirtschaftlichen Wiedergutmachung der Kriegsschäden ist es zwischen den Ententeregierungen und der deutschen Reichsregierung zum offenen Konflikt gekommen.

Die Sieger drohen neue militärische und wirtschaftliche Zwangsmassnahmen an, falls ihren Forderungen bis zum 1. Mai nicht entsprochen wird.

### So steht das Proletariat vor einer Katastrophe,

die sich nicht auf Deutschland beschränken, sondern auch auf die Länder der Sieger unheilvoll zurückwirken wird, wie das bisher schon die Gewaltmassnahmen der Sieger getan haben.

Die Abtretung der deutschen Handelsflotte an die Sieger hat einen Uebersturz an Schiffbau in den Ententeländern hervorgerufen, der für die Arbeiter der englischen Schiffbau- und Eisenindustrie eine Massenarbeitslosigkeit zur Folge hat. Das Kohlendikat der Entente, das Deutschland zwingt, monatlich mehr als zwei Millionen Tonnen Kohlen an die Entente zu liefern, hat Produktionsstörung und Massenarbeitslosigkeit in englischen Bergbau verursacht. So bedrohen und verletzen die Gewaltmassnahmen der Sieger rückwirkend auch die unmittelbaren Interessen des Proletariats in den Ententeländern. So treibt der Gewaltfrieden von Versailles das Proletariat in den Siegerländern in eine gemeinsame Kampffront mit dem Proletariat der besiegten Länder, so zwingt der kapitalistische Imperialismus

### die internationale Solidarität des Proletariats.

Diese Wirkungen des imperialistischen Sieger- und Gewaltfriedens werden in verstärktem Maße zutage treten, wenn die Ententemächthaber nach dem 1. Mai neue Sanktionen durchzuführen, mit verstärkter Gewalt ihren Willen durchzusetzen versuchen.

Süßen und drücken wird in erster Linie direkt und indirekt das Proletariat von der Raserei der Gewalt betroffen. Süßen und drücken wird daher das Proletariat den Kampf mit verstärkter Wucht zu führen haben gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, die in jedem Lande zwar in nationalem Gewande auftritt, in ihrem Wesen aber international ist.

Dem völkerverheerenden und völkerverderbenden Imperialismus süßen und drücken muß das internationale Proletariat deshalb gerade zum 1. Mai dieses Jahres mit besonderer Energie entgegenstehen seinen leidenschaftlichen Willen zum Kampf für die Befreiung und Verbrüderung der vom Kapitalismus entzweiten und verhetzten Völker.

Die in Wien gegründete

### Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien,

die Zusammenfassung der revolutionären proletarischen Kerntruppen, zeigt der Welt in ihrem Amsterdamer

Plane zur Wiedergutmachung, was zu geschehen hat, um endlich die Kriegsverbrechen und deren Folgen zu überwinden.

Mit der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, mit unsern Klassenbrüdern und Kampfgesossen in Frankreich und England, rufen wir das deutsche Proletariat auf, am 1. Mai das Gelübnis abzulegen zum unermüdbaren Kampfe:

Gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme;

gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter im selben Maße verschärfen müssen, als sie den Arbeitern der andern Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden;

gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbades; zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse;

für die allgemeine Revision der Friedensverträge;

für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundfäden internationaler Solidarität.

Der Kampf gegen den Imperialismus kann nur wirksam geführt werden, unter gleichzeitigen

### Kampf gegen die innere Reaktion

in jedem Lande.

Das während der Revolution wieder erklärte Unternehmertum in Deutschland plant neue Attentate auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse: Senkung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Einschränkung des Koalitionsrechtes bis zu seiner Beseitigung für weite Kreise der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Dabei steigt die Arbeitslosigkeit noch fortwährend, ohne daß ernste und durchgreifende Massnahmen zur Binderung der Not der Arbeitslosen getroffen werden.

Hand in Hand damit erfolgen fortgesetzte Anschläge auf die politischen Rechte der Arbeiterklasse. Ausnahmezustand, Unnahmergerichte gegen die Arbeiter sind an der Tagesordnung.

Gegenüber der inneren Reaktion ist der Kampf zu führen:

für die allgemeine Durchführung und Aufrechterhaltung des achtstündigen Maximalarbeitstages;

für Löhne, die eine menschenwürdige Lebenshaltung ermöglichen;

für umfassende Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere durch Inaugriffnahme des Wohnungsbau- und weiterer Arbeitsbeschaffung;

für ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen, der Rentenempfänger, Witwen, Waisen und Kriegsbeschädigten;

für die Sozialisierung, beginnend mit der Sozialisierung des Kohlenbergbaues;

für die Sicherung und Erweiterung der politischen Rechte bis zur Eroberung der Macht durch das Proletariat.

Ueber alle die Völker trennenden kapitalistischen Hindernisse hinweg reicht sich das klassenbewußte Proletariat aller Länder in brüderlicher Solidarität die Hände. Mehr denn je empfinden die Arbeiter aller Länder die Notwendigkeit einer geschlossenen nationalen und internationalen Front. Mit erstem Eifer arbeiten die besten sozialistischen Kräfte an der Schaffung einer alle proletarischen Kämpfer umfassenden aktionsfähigen internationalen Organisation.

### Der 1. Mai ist der Tag

### der proletarischen Internationale.

Heute noch ein Tag der Verheißung, ein Tag des Kampfes, wird der 1. Mai durch den Sieg der sozialistischen Weltrevolution zu einem Tag der Erfüllung werden.

Berlin, den 15. April 1921.

Das Zentralkomitee der USPD.

## Friedrich auf der Anklagebank.

Unser ungarischer Korrespondent schreibt uns:

Der Begründer des berühmten christlichen Kurzes in Ungarn, der Ministerpräsident des weißen Schreckens, steht jetzt, der Mithilfe an dem Morde des Grafen Tisza beschuldigt, vor dem Stragericht in Budapest. Es ist dies der zweite Prozeß, der wegen der Ermordung des Grafen Tisza in Ungarn geführt wird. In dem ersten, der vor neun Monaten stattfand, wurde das Verbrechen gegen diesen durchgeführt, die, des Mordes beschuldigt als aktive oder gewesene Soldaten, sich vor einem Militärgericht verantworten mußten. Die Angeklagten Hittner, Satanyfowsska, Debo wurden zum Tode durch den Strang oder zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt. Das Todesurteil wurde aber an ihnen nicht vollzogen, da sie nun als Zeugen in dem Prozeß gegen die Zivilangeklagten aussagen müssen. Nur einer, Debo, ist im Gefängnis gestorben, und zwar, wie Stefan Friedrich es in einer Rede in der ungarischen Nationalversammlung andeutete, nicht eines natürlichen Todes. Schon dieser erste Prozeß war von einem merkwürdigen Ausgang; es lag gegen die heute Verurteilten nichts andres vor, als ihre Aussagen gegen sich selbst und dann gegeneinander, die sie aber im Laufe des Prozesses oder nach seinem Abschluß zurückgezogen haben. Gegen die Angeklagten des Zivilprozesses gibt es auch kein andres Befragungsmaterial, weder gegen den gewesenen Ministerpräsidenten Friedrich, noch gegen die zwei andern, aus politischen Gründen wichtigeren und interessanteren und auch mehr gefährdeten Angeklagten, gegen den radikalen Journalisten Paul Kerl und gegen den demokratischen Abgeordneten Ladislaus Fennes, die dem Henker zu überliefern der eigentliche Zweck der ganzen nun in Budapest veranstalteten Gerichtskomodie ist; denn es ist mehr als wahrscheinlich, daß Friedrich ungeschoren aus diesem Prozeß hervorgehen wird.

Es handelt sich bei diesen Tisza-Prozessen nicht um Rechtsprechung, sondern um reine Politik. Der sogenannte Mord an Tisza war in dem Augenblick des Ausbruchs der Revolution kein Mord, sondern ein wahrhaftiger Volksakt, das von der ganzen öffentlichen Meinung Ungarns und vielleicht der ganzen Welt damals als solcher, als tragischer, aber wohlverdienter und natürlicher Abschluß eines verhängnisvollen Lebens empfunden wurde. Es ist sicherlich menschlich, daß einige Soldaten, die in Tisza den Urheber des Krieges und damit ihrer Leiden gesehen haben, ihn erschossen haben. Es ist keine einzige irgendwie beglaubigte Zeugenaussage oder irgendein anderer Beweis da, daß auch nur ein einziger von denen, die heute in Ungarn beschuldigt werden, irgendwie, sei es direkt oder mittelbar an dem Morde beteiligt gewesen waren. Wie kam aber dann das Gebilde dieser Anklage doch zustande?

In den ersten Wochen des weißen Terrors wurde die Angelegenheit der Ermordung Tiszas von keiner Familie und von der Aristokratie angegriffen. An dem Ausbruch der Revolution war ein Soldatenrat beteiligt, dessen Mitbegründer der damals noch revolutionär und republikanisch gestimmte Stefan Friedrich war. Der Redakteur Paul Kerl war der journalistische Ratgeber von Michael Karolyi, der Abgeordnete Ladislaus Fennes war in der vorrevolutionären Zeit eine Geißel der mit dem herrschenden Adel verknüpften Verwaltung und aus diesem Grunde ein von den herrschenden Klassen bestaehofter Mann im Lande. Die Familie Tisza ist auf Grund von Denunziationen, die damals wie die Pilze nach dem Regen aus dem Boden schossen, zu der Annahme gelangt, daß der Mord vom Soldatenrat angefohlen und durchgeführt wurde. Friedrich, der damals Ministerpräsident war und seine revolutionäre Vergangenheit als einen Ballast empfand, wollte seine Unschuld und Unparteilichkeit damit beweisen, daß er die in Ungarn weilenden Mitglieder des Soldatenrats verhaften ließ und seine Politik anwies, durch welche Mittel immer, ein Schuldbekenntnis von ihnen zu erzwingen. Die Verhafteten wurden un-menschlich gepeinigt und geben zu Protokoll, was ihre Peiniger wünschten. Sie gegen ihre Geständnisse zurück, aber das half ihnen nichts, bis sie auf den Löweg verfielen, nicht nur sich selbst, sondern ihre Mitverschworenen von ehedem und den Ministerpräsidenten Stefan Friedrich auch anzuklagen. Sie gingen von der Annahme aus, daß Friedrich, um sich selbst reinzuwaschen, sie auch herauszuziehen wird. Dies wäre ihnen aber nicht gelungen, wenn eben die Familie Tisza und die Aristokraten im allgemeinen nicht zu demselben Resultat gelangt wären, daß, wenn die Mitglieder des Soldatenrats an dem Morde beteiligt waren, dann auch Friedrich, der politische Sturmmann dieser Gruppe, die Hand im Spiel haben mußte. Und nun führte die Familie Tisza eine besondere Untersuchung durch, hatte ihren Polizeiaparat, ihre Richter zu diesem Zwecke, und die unvorsichtigen Massnahmen Friedrichs, dem die Sache aus politischen Gründen unbedeuten wurde und zu merkwürdigen Gegenmassnahmen griff, bestärkte sie in ihrem Argwohn. So wurde er mehr und mehr verstrickt, seine



Kreunde aus dem Soldatenrat, die im Gefängnis sahen, während er noch immer Ministerpräsident war, wurden immer mehr gegen den unerbittlichen Kampfmann erobert, dann kam der Brief von Friedrich und Horthy, der den ihm unbequem gewordenen und viel wissenden Nebenbuhler loswerden wollte und seinen Apparat in Bewegung setzte, die Anklage gegen Friedrich fertig zu machen. So gelangte der Mann, der noch vor einem Jahre alle Verdächtigungen des weißen Schreckens, zum großen Teil sein eigenes Werk, hatte, vor die Richter. Es ist klar, daß dies alles nichts mit Rechtfertigung zu tun hat, sondern einen mit den Mitteln der Schreckensjustiz ausgefochtenen Gruppenkampf zwischen der Aristokratie und Friedrich, andererseits zwischen Horthy und Friedrich darstellt, in dem auch die neuesten Sabotageverbrechen des Friedrich ihre Rolle haben. Ihr Korrespondent war in den Tagen des Ausschusses der Resolution in der Lage, alle Akteure und alle Aktionen unmittelbar zu beobachten und kann auf Grund absolut zuverlässiger Eindrücke der Meinung Ausdruck geben, daß weder Friedrich noch Keri oder Frenyes etwas mit der Erziehung Tibas zu tun gehabt haben. Die Anklage gegen Friedrich wird im Laufe des Prozesses unfehlbar zusammenbrechen; aber es ist sehr zu befürchten, daß die ebenso unbegründete Anklage gegen Keri und Frenyes doch zu einer Verurteilung und so zu einem infamen Justizurteil führen wird. Keri ist wegen Verleumdung, die er während der Räteherrschaft geübt hat, zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt, aber die Gegenrevolutionäre, die in ihm Karoliny treffen wollen, wollen ihn auf den Galgen bringen. Frenyes, der während der ganzen Sowjet Herrschaft als Gegenrevolutionär oder als Geißel im Gefängnis war, ist als Feind der Wirtschaft verurteilt, und man wird versuchen, ihm einen Strich zu drehen. Es wird in Budapest jetzt ein Justizprozeß vorbereitet, das sogar in der gegenrevolutionären Justiz seinesgleichen nicht, und auf dieses die Aufmerksamkeit der auferstehenden Weltöffentlichkeit zu lenken, ist ein Gebot der politischen und menschlichen Wohltätigkeit! Sigmund Kausl.

### Die Ermordung des Grafen Tisza vor Gericht.

Budapest, 16. April. (U.) Vor dem hiesigen Strafgericht begann am 13. April der letzte Akt des Dramas, das im Jahre 1918 die Einleitung zum Zusammenbruch Ungarns bildete. Unter den Angeklagten, die der Aufklärung des Mordes an Tisza beschuldigt sind, befinden sich auch zwei Journalisten, Paul Keri und Stanislaus Frenyes, und der frühere Ministerpräsident Stefan Friedrich. Als Zeugen fungierten die vom Militärgericht wegen der Ermordung Tibas bereits zum Tode verurteilten früheren Militärpersonen, Keri Leoncic, von dem Worte weder etwas gemerkt oder dazu beigetragen zu haben. Am Freitag wurde der ehemalige Ministerpräsident Friedrich vernommen. Er erklärte, er werde sich nicht verteidigen, sondern es dem Staatsanwalt überlassen, seine Schuld zu beweisen. Er sei das Opfer der Politiker, die es ihm nicht verzeihen könnten, daß er, obwohl ein solcher Maschinenfabrikant, Ministerpräsident geworden ist.

### Revifen gegen Stöckerleute.

Der Krawall, der nach dem Niederschlagen des Oker-Bundes in der kommunistischen Partei losbrach, ist natürlich mit dem Ausschluß Levis nicht erledigt. Zunächst hat Levi an den Zentralausschuh appelliert. Außerdem kommen ihm in einer Erklärung der Roten Fahne Otto Braß, Ernst Däumig, Kurt Geyer, Adolf Hoffmann, Klara Zeilin, Paul Ebert, Heinrich Malchow und Paul Neumann zu Hilfe. Sie teilen die politische Auffassung Levis über die Märzaktion und über das Verhalten der Zentrale und behaupten, daß diese Auffassung den Grundgedanken der 3. Internationalen und den Beschlüssen ihres zweiten Kongresses entspricht. Sie bekannten auch, soweit sie an der Sitzung des Zentralausschusses am 17. März teilgenommen haben, daß die von Levi in seiner Broschüre wiedergegebenen Meinungen einzelner Zentralkomiteemitglieder durchaus wahrheitsgetreu sind, was die Zentrale bekanntlich bestritten hat. Den Ausschluß Levis bezeichnen sie als einen Versuch, der offenen und schließlichen Streit aus dem Wege zu räumen, sie protestieren entschieden gegen die „schwere Schädigung der Partei“, die darin liegen soll. Endlich verlangen sie die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitag.

Die Zentrale erklärt eine Gegenerklärung, worin sie alles bekräftigt und sich besonders auf den Aufruf der Moskauer Exekutive beruft, worin ihr bescheinigt wird: „Ihr habt recht gehandelt! Euer Parteitag will sie, so bald es die Verhältnisse irgendwie gestatten... wenn irgend möglich, noch vor dem 3. (kommunistischen) Weltkongreß, der am 1. Juni stattfindet“, einberufen.

Aus einer Erklärung, die Braß und Kurt Geyer am 6. April in Moskau gegen die Entscheidung der Moskauer Exekutive in der italienischen Frage abgegeben haben, worin sie sich auf Seite Levis stellen und sich ängstlich dagegen wehren, daß man die aus der deutschen Zentrale ausgeschiedenen fünf Genossen und ihre Anhänger als „rechten Flügel“ und „Opportunisten“ bezeichne, erzählt man indirekt, daß Wilhelm Keenen auf der Seite der Stöckerleute steht.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß eine neue Spaltung unter den Kommunisten kaum noch zu verhindern ist. Das läßt auch die folgende Meldung erkennen:

Berlin, 18. April. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, besteht unter denjenigen kommunistischen Führern, die sich in der Erklärung, die in der Roten Fahne gestern erschien mit Levi solidarisch erklärt haben, die Absicht, einen außerordentlichen Parteitag selbstständig einzuberufen, falls die Zentrale längere Zeit versuchen sollte, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zu sabotieren.

### Die „sympathisierenden“ Aktionsgenossen.

In einem „Situationsbericht“ der Zentrale der KPD, an ihre Ortsgruppen vom 27. März konnte man folgende Anweisungen lesen:

„Geheime Mitteilungen über KPD, zu ergänzen, zum Teil zu berichtigen. Bisherige Leitung unzulässig, doch gehindert durch legale Gewohnheiten, durch widersprechende Tendenzen und Zurückhalten der Arbeitsleitung. Unsere Aufgaben: Gemeinsame Aufrufe sind gut, doch muß erreicht werden, daß KPD, nicht untergeordnet, (natürlich auch kommunistische Gewerkschaftsaktionen.) Doch können solche Aufrufe nur direkte nächste Aufgaben betreffen. Allgemeine Aufrufe nur dann, wenn unsere klare Einstellung auf Endkampf scharf zum Ausdruck kommt. Sobald Arbeiter wieder in Betrieben, Aktionsräte von oben entstehen durch Aktionsausschüsse von unten (nur aus Betrieben) und deren Zusammenfassung.

Truppentransporte mit allen Mitteln verhindern. — Täglich kurzen Bericht geben. Regalen Apparat der KPD: (Abgeordnete, Stadträte, Bezirksräte) als Hemmung denunzieren und beiseitelegen. (Moral: Umstellung des Parteiapparats durchzuführen.) Die KPD ist also von der KPD, gehörig im Zaume gehalten worden. In einigen Bezirken, so in Rheinland-Westfalen, ist die Oberleitung tatsächlich erfolgt und die KPD, hatte dort die Oberleitung übernommen. Die KPD ist bekanntlich als „sympathisierendes“ Mittelglied in die Moskauer Internationale aufgenommen worden. Eine nette Bruderpartei, die an ihre Mitglieder die Anweisung ausgibt, den „regalen Apparat“ des Bundesgenossen „als Hemmung“ zu „denunzieren“!

### Ein kurzlebiges Geschäftministerium in Preußen.

Berlin, 18. April. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Die Bildung des Kabinetts Stegerwald ist auch am Sonntag nicht gelungen. Nur soviel scheint festzustehen, daß die Sozialdemokraten nicht in das Geschäftministerium eintreten. Der Plan Stegerwalds, die ehemaligen Minister Rasko (!) und August Müller oder an dessen Stelle den ehemaligen Reichsfinanzminister Bauer zum Eintritt in das Ministerium zu bewegen, kann als gescheitert gelten, da die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Eintritt in ein Geschäftministerium nicht gestattet hat. Das Geschäftministerium wird als politische Ministerien außer dem Ministerpräsidenten also nur noch Herren Fischek und Am Jahnhoff erhalten. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß das Leben dieses Ministeriums von längerer Dauer, auch nur von Wochen sein kann.

Wie der United Telegraph am 16. meldet, war in den Nachmittagsstunden folgende Verteilung der Portefeuilles in Aussicht genommen:

- Ministerpräsident: Abg. Stegerwald (Zentr.).
- Landwirtschaftsministerium: Abg. v. Kardoff (D. Sp.).
- Kultusministerium: Abg. v. Campe (D. Sp.).
- Handelsministerium: Der bisherige Handelsminister, Abg. Fischek (Dem.).
- Finanzministerium: Staatssekretär a. D. Schwauder.
- Justizministerium: Der bisherige Justizminister, Abg. Am Jahnhoff (Zentr.).

Das Ministerium des Innern hatte Stegerwald dem früheren Reichswehrminister und gegenwärtigen Oberpräsidenten von Hannover, Rasko, angeboten, das Wirtschaftsministerium dem früheren Reichsfinanzminister Bauer.

Beide sollen nach dieser Quelle ursprünglich angenommen haben. Der Beschluß der rechtssozialistischen Landtagsfraktion, der sich gegen den Eintritt von Sozialdemokraten wandte, erfolgte später.

Der Versuch, den Rasko zu berufen, nimmt sich aus wie eine verabsichtigte Verhöhnung der Rechtssozialisten — soviel sollte auch Stegerwald von der Politik wissen, daß die Heranziehung dieses Menschen in diesem Augenblick zu der in der preussischen Kabinettsfrage eingenommenen Haltung der Rechtssozialisten paßt wie die Faust aufs Auge. Oder sollte Stegerwald doch Anlaß haben, anzunehmen, daß die Berufung Raskos die Rechtssozialisten ihm günstiger stimmen könnte? Das wäre recht bezeichnend für diese Partei — wie es schon bezeichnend ist, daß der Zentrumsmann ihr überhaupt derartiges zutrauen konnte.

Die Ministerliste Stegerwalds zeigt, daß sein Kabinett den Charakter eines reinen gegenrevolutionären Instruments der Bourgeoisie trägt. Dafür könnte natürlich nur eine rein bürgerliche Mehrheit — von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten — gegen die Arbeiterparteien in Frage kommen. Daß Zentrum und Demokraten bereit sind, in eine solche Mehrheit einzutreten, zeigt, wie sehr diese Parteien sich rechts zu drehen geneigt sind, wie sehr die Gegenrevolution in Deutschland erstarkt ist, daß der Verfall der Arbeiterkraft.

### Die Streikbewegung in England.

#### Der Mangel an Solidarität.

Ueber die Lage in England vor dem geplanten Generalstreik und über die Weigerung der Eisenbahner- und Transportarbeiterverbände, zugunsten der Bergarbeiter in den Sympathiestreik einzutreten, vertritt Renner den folgenden Bericht:

Die Worte Daily Herald's von heute: „Gestern hat die Arbeiterbewegung die schwerste Niederlage seit Menschengedenken erlitten“, sind eine Zusammenfassung des Ergebnisses der in erster Stunde eingetretenen dramatischen Weigerung der Eisenbahner und Transportarbeiter, den Bergarbeitern durch Zustimmung zum Generalstreik beizustehen. Die Ereignisse des Donnerstags und Freitags, die öffentlichen Besprechungen gewisser Mitglieder des Unterhauses mit Grubenbesitzern und Arbeitern, die Erklärung des Führers der Bergarbeiter Hodges, daß sie wüßten, eine vorläufige Regelung der Lohnfrage zu erwägen, die miternstliche Besprechung des Premierministers und seine Aufforderung zu einer neuen Konferenz, das Nichterscheinen der Bergarbeiter, das unter diesen Umständen schließlich eintretende Sichlosereigen der verbündeten Verbände, dies alles stellt noch lange nicht den vollen Inhalt der Lage dar. Daily Herald gibt jedoch an, daß die Grundursache der Niederlage der Mangel an Solidarität in der ganzen Bewegung, in Bezug auf Organisation, gegenseitiges Verständnis und Unterstützung war. Fraglos waren die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter mit Recht ungenügend auf die Antwort, die die Aufforderungen zum Streik in der breiten Masse finden würden. Berichte aus allen Teilen des Landes zeigten die zunehmende Abneigung, sich auf einen unheilvollen Kampf für Ziele einzulassen, die als politische, nicht als streng wirtschaftliche angesehen wurden. Es bestand eine Unklarheit für alles, was einer Revolution ähnlich sah. Mit Ausnahme von ein oder zwei Distrikten in Schottland herrschte vollständige Ordnung und allgemeine Mutlosigkeit im Hinblick auf die Möglichkeit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Bei dem Vorherrschen einer solchen Geistesverfassung konnte der Streik in jedem Falle nicht anders als mit halbem Mute geführt werden, er mußte erfolglos verlaufen und in innere Spaltungen zwischen den Eisenbahnern und den anderen Verbänden ausmünden. Wie es sich herausgestellt hat, bewahrten diese Verbände das Gefühl individueller Solidarität, aber der Dreißigste war für den Augenblick ohne Hoffnung auf Wiederherstellung erschüttert. Als allgemeines Ergebnis hat es sich wie bei früheren Gelegenheiten gezeigt, daß das kommunistische Element, obwohl es außerordentlich viel von sich reden machte eine außerordentlich geringe Minderheit der englischen Arbeiterkraft darstellt.

London, 18. April. (Kreuzer.) Die Eisenbahner und die Transportarbeiter, die heute vormittag eine Zusammenkunft hatten, haben eine Mitteilung veröffentlicht, welche besagt, daß infolge der Verwirrung, der sich die Konferenz des Arbeiterdreibundes gestern morgen gegenüber sah, so gut wie keine Hoffnung blieb, daß eine gemeinsame Aktion ins Auge gefaßt werden würde. Bis Donnerstagabend bestand begründete Hoffnung, daß es zu einer gewaltigen Entfaltung der Solidarität der Arbeiter-

klasse kommen werde, die Umstände jedoch, die seit dieser Zeit eingetreten seien, hätten den festen Grund zerstört, auf dem ein Streikbeschluß hätte ruhen müssen.

### Die Bergarbeiter setzen den Streik fort.

London, 18. April. (U.) Die Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter haben Sonntagmorgen getrennte Sitzungen abgehalten. Die Bergleute haben beschlossen, am Donnerstag eine neue Sitzung abzuhalten.

Eine neuer Meldung, nach der am Freitag eine Bergarbeiterkonferenz stattfinden wird, besagt weiter: Die Mitglieder des Vollkommenschusses kehren in ihre Bezirke zurück. Währenddessen wird die Arbeit in den Kohlenbergwerken nirgends wieder aufgenommen.

### Arbeiterführer über die Lage.

London, 16. April. (United Telegraph.) Der Vertreter des United Telegraph hatte heute eine Unterredung mit Arbeiterführer Thomas, der sich dahin äußerte, daß er selber alles getan habe, die Arbeiter zur Annahme des Vorschlages Hodges zu bewegen und ihre unveröhnliche Haltung aufzugeben. Die geplante Regelung schlug fehl, weil die Bergarbeiter alles auf eine Karte setzen. Im günstigsten Falle sei jetzt mit Gewalt erreichbar, was sonst durch Verhandlungen erreicht worden wäre. Das Aufgeben des Streiks bedeute jedoch in seiner Weise einen Betrug auf ihn. — Ein anderer Führer der Arbeiterbewegung erklärte, daß der Beschluß der Eisenbahner und Transportarbeiter, nicht zu streiken, nur beweiße, daß diese beiden Arbeitergruppen keineswegs gewillt seien, die von den Bergarbeitern verfolgte Politik zu unterstützen. In der bürgerlichen Presse seien Gerüchte aufgetaucht, daß diese beiden Berufsgruppen sich nur deshalb vom Streik zurückzögen, weil sie nicht wüßten, ob die Bergleute ihrerseits sich auch einmal der Sache der andern Kollegen annehmen würden. Das sei Unsinn, es müsse kein Hindernis, gemeinliche Interessen zu berücksichtigen und das „mit der Faust zu erzwingen, was mit der Zunge nicht zu erreichen“ sei.

### Der Hochverrat des Prinzen Max und der Volksbeauftragten.

Ein Frankfurter Rechtsanwalt Namens Ebnau hatte den sonderbaren Einfall, gegen den Prinzen Max von Baden und die fünf Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Barth eine Anzeige wegen Hochverrats zu erstatten. Den Hochverrat des Prinzen Max erblickte Ebnau in der amtlichen Bekanntmachung vom 9. November 1918, worin die Thronentstufung Wilhelms mitgeteilt wird, obwohl eine Abhandlungserklärung zu jener Zeit noch nicht vorliegen habe. Und daß Prinz Max dann die Geschäfte des Reichsfinanzministers an Fritz Ebert übertragen habe, stelle eine gewalttätige Aenderung der Reichsverfassung und demnach Hochverrat dar. Diese Behauptung habe Ebnau gegen Ebert, Scheidemann, Landsberg und Dittmann erhoben und gegen Emil Barth stellte er außerdem den Strafantrag, weil er durch Organisation und Leitung der Revolution in Berlin den gewalttätigen Sturz des Reiches vorbereitet und durchgeführt hat.

So schrullhaft diese Strafanzeige Ebnaus ist, so mutet die Begründung der Ablehnung des Strafantrages durch den Oberreichsanwalt nicht minder sonderbar an. Der Oberreichsanwalt führt nämlich aus, daß die Tat der Beschuldigten, die eine politische ist, durch die Amnestie der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 einer strafrechtlichen Verfolgung entzogen sei. Und das Reichsgericht, an das sich Ebnau beschwerdeführend gewandt hatte, schloß sich dieser Auffassung an. — Also, ohne die Amnestie der Volksbeauftragten wäre der Oberreichsanwalt eingeschritten?

### Herr Weismann amtsmilde.

Im Preussischen Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung stehen erhebliche Veränderungen bevor. Zwar sind die Fragen solange noch nicht akut, solange die preussische Regierungstruppe nicht geklärt ist. Sie dürften dann aber unmittelbar in Angriff genommen werden. Das Staatskommissariat hat sich mit der Zeit eine Selbständigkeit angeeignet, die es jeder geordneten preussischen Regierung unumgänglich macht, weiterhin die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die Rechtsparzellen, die selbstverständlich ihre helle Freude an dieser Entwicklung haben, verziehen sie nach besten Kräften zu fördern und liefern der Deutschen Volkspartei das Preussische Ministerium des Innern in die Hände fallen sollte. So wird sie das Staatskommissariat zu einer Stelle für politische Spionage ersten Ranges ausbauen, zu der Hauptaktionsstelle gegen jede sozialistische Bewegung. Bleibt aber das Ministerium des Innern unter der Aufsicht des preussischen Ministers Severing, so wird man von diesem die sofortige Befreiung der Selbständigkeit des Staatskommissariats, die Eingliederung dieser Behörde in den übrigen Polizeiparagrafen des Ministeriums des Innern fordern müssen. Diese Entwicklung ist Herrn Weismann, der nach politischen Ehren strebt, offenbar wenig sympathisch und er läßt deshalb vorichtig seinen Rücktritt ankündigen.

### Die Stellung der Bergarbeiter zu den Vorschlägen der Zechenverbände.

Bodum, 18. April. (U.) Die Bergarbeiterorganisationen des Ruhrgebietes sind am 17. April in getrennten Vertrauensmänner-Versammlungen zusammengesessen, um zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen, die nach mehrfachen Verhandlungen von der Arbeitsgemeinschaft der Zechenverbände den Arbeitervertretungen zur Neuregelung der Löhne und Überschichtenfrage gemacht worden sind. Der Vorschlag steht Lohnverbänden vor, die bei Bauern 8,80 Mark und bei Schichtlöblern 8 Mark pro Schicht ausmachen. Die Überschichtenregelung ist auf langsamen Abbau unter Berücksichtigung der wirklichen Notwendigkeit eingestellt. Für die Essener Vorschläge wird besonders ins Feld geführt, daß die Lohnverbände nicht eine Erhöhung der Kohlenpreise bedingen. Der Schiedspruch, der namentlich von den Vertretern des alten Verbands und den Hirsch-Dunkerschen bekämpft wird, ist von den Christlichen angenommen worden. Nach den bestimmten Erklärungen der Bergarbeiterbesten kann eine neuerliche Kohlenpreis-erhöhung nicht durchgeführt werden.

### Ein Wahlaufrief der italienischen Sozialisten.

Die Sozialistische Partei Italiens tritt mit einem Wahlaufrief an die italienische Arbeiterschaft, der insofern besondere Beachtung verdient, weil er nicht mehr allein auf die Negation des Parlaments eingestellt ist, sondern ein Minimalprogramm entwickelt, das der neuen Parlamentsfraktion als Richtschnur dienen soll.

Es scheint sich also in der Parteileitung die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß die bisherige Obstruktionspolitik der sozialistischen Kammergruppe fehlerhaft war. Als konkrete unverzügliche Aufgaben der neuen Parlamentsfraktion werden genannt: Unterstützung der Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Betriebskontrolle und die Befestigung der Ausbeutung, Vergesellschaftung des Bodens und der Bodenschätze und Überleitung der nützlichen Industrien in Gemeinverwaltungen. Ferner wird verlangt: Autonomie für Gemeinden und Kreise, Aufhebung des händigen Heeres, Schutz für Kranke und Greise, Sicherung des physischen Lebens, kostenlose Rechtshilfe und Wahlrecht, Abschaffung der Kriegstrümpel, Aufbau der zerstörten Gebiete.



Der Wahlaufschuß schlicht: „Wenn wir heute der Illegalität der Ordnungsparteien die legale Wahl als Antwort entgegenstellen, so bedeutet dies, daß wir den Augenblick nahe erachten wo wir das Gesetz sein werden, wir die Wegbahner der neuen sozialen Ordnung gegen die letzten feigen Versuche einer toten und überwindenen Zeit. Mit Weisen löst man die Sterne nicht aus und mit Bomben lassen sich keine Ideen töten. Der Sozialismus ist lebendiger wie je.“

Es lebe der Sozialismus!  
Die Einleitung des Aufzuges bildet ein flammender Protest gegen die willkürliche Auflösung des Parlaments durch Glottli

## Franszösische Sanktionsberatungen.

Während die deutsche Öffentlichkeit über die neuen deutschen Vorschläge und den Weg, auf dem sie übermittelte werden sollen, noch immer völlig im Dunkeln gelassen wird, diskutieren die französischen Blätter bereits lebhaft über die Vorschläge und wissen zu melden, daß die deutsche Regierung tatsächlich den falschen Weg der zweiseitigen Vermittlung — durch eine neutrale Macht und Amerika — beschritten habe. Abgesehen davon, daß dieser Weg, die Diskussion wieder zu eröffnen, der denkbar ungünstigste wäre, erscheint es kaum glaublich, daß die Reichsregierung gerade in diesem Punkte die französische Regierung, die auf direkten Verhandlungen besteht, reizen werde. Auf der anderen Seite scheint es aber festzustellen, daß Amerika endgültig aus keiner Reserve heraustritt und an den Reparationsberatungen, denen es bisher teilnahmslos gegenüberstand, tätigen Anteil nehmen wird.

Inzwischen aber beginnen die französischen Pläne greifbare Gestalt anzunehmen. Im Einklang finden unaufhörlich Beratungen statt und die bürgerliche Presse, die offenbar von einer Quelle gespeist wird und der der Weg eindeutig vorgeschrieben wurde, geht durchweg von der Voraussetzung aus, daß die neuen deutschen Vorschläge, deren Einzelheiten noch völlig unbekannt sind, ungenügend seien und daher neue Zwangsmaßnahmen notwendig würden. Auch über ihre Natur zeigen sich die bürgerlichen Blätter gut informiert; danach werden sie wieder hauptsächlich militärischer Natur sein und auf eine Besetzung des Ruhrgebiets hinauslaufen. Daß eine Ausdehnung der Besetzung von Frankreich neue militärische Opfer fordert — es wird schon ganz offen von der Mobilisierung zweier Jahressklassen gesprochen — und der finanzielle Ertrag einer Ruhrkostensteuer kaum die Kosten der Besetzung decken wird, während sie die deutsche Wirtschaft mit dem Ruin bedroht — was schert das die französischen Imperialisten und Militaristen, die, nach dem Vorbild ihrer deutschen Gefinnungsgenossen, keine andere Politik kennen als die der unerlösten Annexionen, die ihre Spitze schließlich gegen das eigene Land zeigen müssen! Es wäre das größte Unglück für Deutschland wie nicht minder für Frankreich und die ganze Welt, wenn diese Sorte von Politikern die Oberhand behielte und die andern Entente-Staaten ihnen freies Spiel ließen.

Bis jetzt ist aber noch nicht alles verloren. Zunächst hat Deutschland das Wort: Wenn es so sprechen wird, wie das internationale Proletariat es ihm vorgeschlagen hat und von ihm erwartet, dann wird sein Wort einen Widerhall im Lager der Entente finden, über den auch die kapitalistischen Regierungen Frankreichs und Englands, trotz ihrer starken Position gegenüber dem Proletariat, die der Zusammenbruch der englischen Generalstreikbewegung noch gefestigt hat, nicht hinwegsehen werden können.

### Auf dem Umweg über Amerika?

Paris, 18. April. (U. L.) (Berl. Montagssp.) Die Vereinigten Staaten haben, wie der Intransigent meldet, die Vorschläge Deutschlands, durch Vermittlung einer neutralen Macht erhalten. Der wesentliche Inhalt der Vorschläge ist, wie das Blatt zu wissen glaubt, der Plan einer internationalen Anleihe und die Übernahme der Ententeschulden in Amerika durch Deutschland. Die Vereinigten Staaten werden eine finanzielle Delegation nach Europa schicken, um sich bei den Beratungen der Alliierten über die Reparationsfragen und die andern Fragen, die im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag stehen, vertreten zu lassen.

Die Unglaubwürdigkeit dieser Nachricht wird durch die Angaben über den Inhalt der Vorschläge noch erhöht. Es fehlen darin nämlich vollkommen die Wiederaufbaupläne Deutschlands, die zweifellos einen wesentlichen Bestandteil der Vorschläge bilden werden.

### Frankreich über die Vermittlung.

Paris, 16. April. (United Telegraph.) Das Ministerium des Auswärtigen hat bis jetzt keine Bestätigung der Meldung erhalten, daß die Berliner Regierung die Vermittlung einer neutralen Macht nachgesucht habe, um die Vereinigten Staaten zwecks Lösung der Reparationsfrage zum Eingreifen zu bewegen. Die französische Regierung ist indessen der Meinung, daß niemand die Vermittlung übernehmen werde, und sie glaubt überdies nicht, daß die Vereinigten Staaten den von Deutschland gewünschten Schritt tun würden, selbst wenn sie durch die Vermittlung der Schweizer Regierung darum ersucht würden.

### Amerika beteiligt sich.

Paris, 17. April. Nach einer Havas-Meldung aus London kündigt eine Washingtoner Depesche offiziell an, die Vereinigten Staaten hätten entschieden, sich bei den Konferenzen über die Reparationsfragen sowie bei allen andern, die sich auf den Krieg veranlassende Fragen beziehen, vertreten zu lassen.

### Die Beratungen im Clysée.

Paris, 17. April. (U. L.) Die Zeitungen berichten, daß die Konferenz im Clysée am Freitag beschlossen worden, eine gemischte Kommission einzusetzen, die die Vorschläge ausarbeiten soll, die nach dem 1. Mai den Alliierten unterbreitet werden sollen, wenn Deutschland nicht nach dem Friedensvertrag von Versailles seine Verpflichtungen bis dahin erfüllt. Diese gemischte Kommission wird am Montag eine Sitzung abhalten, an der u. a. Marshall, Tsch und General Weogand, Loucheur und Seydoux teilnehmen werden.

Paris, 16. April. Marcel Hutin teilt dem Echo de Paris mit, der gestrige Bericht im Clysée habe ein militärischer Bericht des Marschalls Koch und ein wirtschaftlicher Bericht des Ministers Loucheur zugrunde gelegen. In seinem Bericht unterscheidet der Marschall zwischen den Truppen, die zu Beginn der Besetzung des Ruhrgebiets unerlässlich seien, und deren Zahl eine hohe sei, und den Truppen, mit denen man sich später begnügen könne. Die letzteren Truppen würden die Hälfte der Truppen nicht übersteigen, die die französische Armee bis zum 1. April am Rhein unterhalten habe. Für den ersten Fall aber müsse man zwei Jahressklassen einberufen. Nach dem Bericht von Loucheur sei ein großer Stenerplan im besetzten Gebiet und eine Tagierung der Kohlen- und Industrieerzeugnisse, die aus dem besetzten Gebiet herausgingen, geplant, deren Ertrag auf dreieinhalb Milliarden Goldmark geschätzt werde.

Paris, 18. April. Wie der Matin mitteilt, haben gestern vier der am Vormittag im Clysée abgehaltenen Besprechungen am Nachmittag noch zwei Sitzungen stattgefunden. Alle diese Beratungen sollen der Besetzung des Ruhrgebiets und dem Plane gegolten haben, dieses Gebiet eventuell wirtschaftlich, finanziell und administrativ auszubauen. Der Matin macht übrigens darauf aufmerksam, daß, falls es zu einem Konflikt kommen sollte, die Besetzung nicht am 1. Mai, sondern wohl etwas später erfolgen werde.

Das Blatt sagt, nach Auskunft, die es erhalten habe, werde die Zustimmung Deutschlands zum Abkommen von Paris, das verfallen sei, nicht mehr genügen. Die einzige Befriedigung, die neue Zwangsmaßnahmen verhindern könne, sei, daß Deutschland, nachdem es die eine Milliarde Gold, die es bestimme, hergegeben habe, für die elf anderen fehlenden Milliarden Zahlungen in Waren, in Gold oder in Industrieerzeugnissen, sowie eine ernste Garantie, wie z. B. die Kontrolle über sämtliche Zolleinnahmen, anbiete. Welche dies nicht, dann würden die Alliierten handeln.

### Eine neue Konferenz in London?

Berlin, 18. April. (Eigene Drahtmeldung der U. L.) Ein Telegramm aus Paris besagt, daß eine Konferenz in London bevorstehe. Es wird besonders die Reparationsfrage und die oberflächliche Frage erörtert werden. Da das neue deutsche Angebot nicht das enthalte, was man mit Recht erwartet, werde die Konferenz auch über die Durchführung strengerer Maßnahmen beraten.

### England hofft auf Verständigung.

Berlin, 18. April. (Eigene Drahtmeldung der U. L.) Man hat in London noch keinerlei Kenntnis von neuen Vorschlägen, die Deutschland in der Reparationsfrage vorbereiten soll. Die britische Regierung hofft, daß die neuen Vorschläge weit genug gehen werden, um die Möglichkeit zu geben, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu beschließen, damit die Sanktionen nicht noch verschärft zu werden brauchen.

Berlin, 18. April. (Eigene Drahtmeldung der U. L.) Der Mitarbeiter des Observer vertritt die Ansicht, wenn der schlimmste Fall eintreffe, so werde England Frankreich unterstützen. Wenn nicht aktiv, so doch moralisch durch Billigung aller Maßnahmen, die Frankreich für notwendig halte. Offizielle englische Kreise hoffen jedoch, daß Deutschland bereit sei, annehmen und seinen Anlaß zu neuen Sanktionen geben werde.

### Ein neuer Konflikt.

Berlin, 18. April. Die Agence Havas gibt folgende Meldung aus: Auf Anweisung der deutschen Regierung hat die Kriegskostenkommission dem Reparationsausschuß mitgeteilt, daß die Viehlieferung an die Alliierten eingestellt sei. Die Kriegskostenkommission begründet diese Entscheidung damit, daß die Reparationskommission den Wert dieser Lieferungen noch nicht festgestellt habe. Die Reparationskommission hat darauf geantwortet, daß sie keine Verzögerung in den Viehlieferungen zulassen könne. Die Frage der Preise sei von der der Lieferungen ganz unabhängig. Wenn die deutsche Regierung die getroffenen Maßnahmen nicht annehme, werde sich der Reparationsausschuß gezwungen sehen, die alliierten und assoziierten Mächte von dieser Lieferung in Kenntnis zu setzen.

Zu dieser Meldung erzählt das Wollische Telegraphenbureau von unterrichteter Stelle, daß eine Einstellung der laufenden Viehlieferungen nicht stattgefunden hat, und daß auch ein Beschluß der deutschen Regierung auf Einstellung dieser Viehlieferungen weder vorliegt noch der Reparationskommission mitgeteilt worden ist. Vielmehr ist in dem Rotenwechsel der Kriegskostenkommission mit der Reparationskommission dieser gegenüber ausdrücklich der Wunsch ausgesprochen worden, in weitere mündliche Besprechungen über die Frage der Preisfestsetzung bezüglich der Viehlieferungen einzutreten. Dabei ist lediglich zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Vorbereitung für die Durchführung neuer (ander als der bereits laufenden) Viehlieferungen erst getroffen werden könne, wenn die von der deutschen Regierung bereits Mitte März erbetene Entscheidung über die Preisfrage vorliege.

### Wann begann der Kriegszustand?

Paris, 14. April. Havas teilt mit: Nach Anhören der deutschen Delegierten hat der Reparationsausschuß in Ausführung der ihm durch den Vertrag von Versailles verliehenen Rechte folgende Entscheidungen getroffen über den Termin, an dem einzelne Mächte in den Kriegszustand mit Deutschland eingetreten sind. Der Ausschuß entschied, daß die Kriegszustand gemäß Artikel 232 des Vertrages von Versailles denjenigen ist, während der ein Kriegszustand effektiv und rechtlich bestanden hat. Nach seiner Entscheidung begann der Kriegszustand mit Italien am 27. Mai 1916, mit Portugal am 11. März 1916, mit Griechenland am 27. Juni 1917 und mit der Tschechoslowakei am 28. Oktober 1918 (1. Die Welt). Der Ausschuß entschied außerdem, daß die Reparation der Schäden, die die Tschechoslowakei durch den hochverrätterisch-ungarischen Einfall 1919 erlitten hat, nicht Deutschland zur Last gelegt werden könne.

### Rückgabe deutscher Waggon.

Brüssel, 15. April. Wie Libre Belgique mitteilt, wird am kommenden Sonntag auf allen belgischen und auf allen französischen Eisenbahnlinien einschließlich der Elsass-Lothringischen und der Prinz-Bernhardbahn, sowie im besetzten Gebiet eine Inventur über das rollende deutsche Eisenbahnmateriale aufgenommen. Der Zweck dieser Aufnahme soll sein, eine Unterscheidung zu machen zwischen dem erbeuteten Kriegsmateriale und dem von den Deutschen nach dem Waffenstillstand gelieferten, sowie dem Materiale, das Elsass-Lothringern gehört. Endlich aber soll auch festgestellt werden, wieviel deutsche Waggon in Belgien und Frankreich zurückzuführen und nach Deutschland zurückgeführt werden müssen.

### Nur auf verfassungsmäßigem Wege...

Prag, 15. April. Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für auswärtige Angelegenheiten hat einstimmig beschlossen, daß die Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den Sanktionen gegen Deutschland nur auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden kann.

### Tschechisch-deutsche Besprechungen über die Sanktionsfrage.

Prag, 16. April. (U. L.) Der Direktor der handelspolitischen Abteilung des Ministeriums des Auswärtigen hat sich nach Berlin begeben, um dort Besprechungen über die Frage der Sanktionen aufzunehmen. Es soll ein Einverständnis mit der deutschen Regierung angestrebt werden, daß für die Tschecho-Slowakei im Bezuge gewisser unentbehrlicher Rohmaterialien keine Störung eintrete.

### Franszösisch-italienische Meinungsverschiedenheiten?

Rom, 16. April. (U. L.) Popolo Romano meldet aus Paris, daß der heftige französische Postkammer Barrère zurückberufen wird und seine Abreise unmittelbar bevorstehe. Man bringt die Abberufung mit der Haltung des Grafen Sforza und der öffentlichen italienischen Meinung gegenüber der Politik Frankreichs gegen Deutschland in Zusammenhang. Graf Sforza sei entschieden gegen die Abkürzung Frankreichs, das strengste Anwendung der Sanktionen verlangt.

### Revision der Friedensverträge?

London, 16. April. (U. L.) Die Times melden aus New York, daß Harding's Volkswirtschaft an den Kongreß in der New Yorker Presse ganz allgemein als der Beginn der Revision aller europäischen Friedensverträge aufgefaßt wird.

Paris, 16. April. (U. L.) Chicago Tribune meldet, daß Harding

sein großes Abrüstungsprogramm spätestens Mitte Juni den Mächten vorlegen werde.

### Amerikanische Schutzpolitik.

Washington, 15. April. (U. L.) Das Repräsentantenhaus hat die vom Repräsentanten Young eingebrachte Antikarzinogen-Act angenommen. Die Act sieht an den Senat gelangende Young-Bill über Schutzölle auf Wolle, Fleisch, Weizen sowie andre landwirtschaftliche Erzeugnisse und enthält Vorschriften gegen das Dumping nicht einer Klausel über den Ausgleich der Wechselkurse. Im Senat sind energische Bemühungen am Werk, vor dem Gesetzwerden der Bill die Bestimmung über die Wechselkurse daraus zu streichen.

### Frankreich auf seinen Amerikas.

Paris, 11. April. Temps veröffentlicht den Text der französischen Note an die amerikanische Regierung in Bezug auf das Mandat über die Insel Yap. Es heißt darin, daß die Antwort auf die Note erst erfolgen könne, nachdem die Regierungen der vier beteiligten Mächte sich bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates der Alliierten verständigt hätten. Die französische Regierung wolle indes schon jetzt erklären, daß, wenn diese Frage vor den Obersten Rat gelange, die Vertreter Frankreichs in ihre Prüfung mit dem schärfsten Interesse eintreten würden, eine Lösung zu finden, die den Vereinigten Staaten in vollem Umfang gerecht werde. Die französische Regierung habe bereits alles getan, was in ihrer Macht gestanden habe, um die amerikanische Regierung in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Washington, 14. April. (Reuter.) Der Text der französischen Note über die Yap-Frage ist hier veröffentlicht worden. Die Erwiderung Frankreichs wird als gleichbedeutend mit einer Annahme des von der amerikanischen Regierung aufgestellten Grundlages betrachtet, daß die Vereinigten Staaten keiner ihrer Rechte in den früheren deutschen überseeischen Besitzungen aufgeben haben.

### Franszösische Budgetabrisse.

Paris, 17. April. Der Senat hat gestern mit 300 gegen vier Stimmen das Budget für 1921 angenommen. Er hat gegenüber den Beschlüssen der Kammer, die 1 Milliarde 300 Millionen Frank an den vorgeesehenen Ausgaben gekürzt hat, weitere Kürzungen im Betrage von 700 Millionen Frank vorgenommen.

### Erzberger über das Reparationsproblem.

Essen, 16. April. (U. L.) Der Reichstagsabgeordnete Erzberger gewährte dem Vertreter des United Telegraph eine Unterredung, in der er seine Stellungnahme zum Reparationsproblem umschrieb. Nach der Meinung des Abgeordneten Erzberger ist bisher von Deutschland bei den Wiedergutmachungsverhandlungen eine wenig glückliche Taktik eingeschlagen worden. Abgeordneter Erzberger teilte große Erwartungen an eine Vermittlungsgattung Hardings, da Amerika nicht nur unbedingt an einer befriedigenden Erledigung der Reparationsfrage interessiert, sondern auch der Entente und Deutschland gegenüber moralisch verpflichtet sei, an den Bemühungen um eine Lösung des Reparationsproblems teilzunehmen.

Ferner bekannte sich Erzberger zu der Anschauung, Deutschland sei nicht nur durch den Friedensvertrag, sondern auch moralisch zur Reparationsleistung verpflichtet durch die Erklärung von Hermann Holweg, der bei dem unberechtigten Einmarsch in Belgien Deutschlands Verpflichtung zur Wiederherstellung anerkannt habe.

### Keine Unterstützung der SPD.

Im preussischen Landtag haben die Kommunisten einen Antrag auf Nichtbilligung der Diktatur der Regierung während des letzten Kommunikauftrages eingebracht. Da sie aber nicht die nötigen 10 Unterschriften hatten, haben sie die Unabhängige Fraktion um Unterstützung ersucht. Die Fraktion hat dies Verlangen mit folgender Begründung abgelehnt: „Unsere Fraktion ist nicht in der Lage, in der gegenwärtigen Situation der SPD, eine irgendwelche Unterstützung, und sei es auch nur durch Organe von Unterschriften, zu gewähren.“ Die Stellungnahme unserer Partei zur Regierung und zu deren Maßnahmen bleibt davon unberührt.

### Die schamhafte republikanische Regierung.

Die sojuzigen republikanische Regierung hat sich gedung h verhält, sich die Ehre zu geben, der Firma Hoch wrosten im Hause Doorn ihr tiefgeföhliges Feldid beim Tode Aurousta Bil'oras mitzutellen. Während man sonst derartige Kundgebungen seit alle diese amtlichen Presseapparats in alle Welt zu posonnen pflegt, hat man diesmal schamhaft den Wortlaut verschwiegen und verschwiegt ihn auch auf besondere Anfrage heute noch. Man versteht wohl Ursache zu diesem Schweigen haben. Aber uns genügt die Tatsache, daß eine ansichts republikanische Regierung sich bedrücken läßt, dem ehemaligen Monarchen ihr ganz besonderes Mitsgefühl zum Tode seiner Frau auszusprechen. Anders könnte die monarchistische ungarische Regierung auch nicht handeln.

### Keine Trauerfeiern für die Ex-Kaiserin in preussischen Schulen.

Aus Berlin wird gemeldet: Anlässlich des Todes der Kaiserin erließ der preussische Kultusminister Haenisch im Einverständnis mit dem Staatsministerium einen Erlass, worin er den ihm unterstellten Lehranstalten und Instituten alle politisch zu wertenden Veranstaltungen, wie Trauerfeiern, Schulflüge, Halbmassfesten, unterlag. Lediglich Anstalten, die zu der verstorbenen Persönlichkeit in einem besonderen Verhältnis standen, dürfen ihres Protektors in einer schlichten unpolitischen Feiern gedenken. Der Dienst der Behörden und in den Schulen muß in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Der Minister des Innern hat den Beamten der Schutzpolizei die Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten der früheren Kaiserin in Uniform verboten.

### Unruhen in Albanien.

Wie der Messaggero aus Durazzo meldet, wächst die albanische Erhebung gegen die Südslawen. Die Albaner haben südslawische Beamte getötet. Truppen mußten eingreifen, etwa 30 Personen wurden getötet.

### Von Nah und Fern.

Berichtungen eines amerikanischen Wirbelsturms.  
Newport, 16. April. (U. L., Tel.) Ein bestiger Tornado hat die Staaten des mittleren Westens Nordamerikas heimgesucht. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich bisher auf 50, hunderte von Weibern haben Verletzungen erlitten. Millionenwerte an Eigentum sind zerstört.

### Starke Schneefälle.

Braunschweig, 16. April. Aus dem Oberharz wird starker Schneefall gemeldet. In Clausthal liegen 10 bis 15 Zentimeter Neuschnee.

Kassel, 16. April. Der während der Nacht eingetretene starke Schneefall hat große Störungen im Fernverkehr hervorgerufen. Alle Leitungen des Ortsverkehrs sind gestört, die Fernleitungen sind teilweise unterbrochen.

Bern, 16. April. In der Schweiz ist viel Schnee gefallen. Meldungen aus dem Ennabli belagen, daß es dort weiter schneit, und die Schneehöhe bereits 70 Zentimeter in St. Moritz und 120 Zentimeter auf der Höhe des Bernina erreicht.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil:  
Seinrich Reichner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Interaktionell:  
Friedrich Bille, Vorsdorf-Leipzig.  
Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.  
Diese Nummer enthält 8 Seiten.







Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. April.

Parteiangelegenheiten.

Hauptvorstand Groß-Leipzig.

Dienstag, den 19. April, nachmittags 6 Uhr, Bilanzzimmer: Sitzung der alten und neugewählten Vorstandsmitglieder.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Alle Genossinnen und Genossen müssen Dienstag im Goldenen Ring, Glodenstraße 4, zur Flugblattverbreitung erscheinen. Donnerstag, den 21. April, 1/8 Uhr abends, im selben Lokal Sitzung sämtlicher tätigen Genossinnen und Genossen. Die Bezirksleitung.

Connewitz. Heute abend Frauenabend, Vortrag des Genossen Hermann über Sexuelle Erziehung.

Dehsch-Gaugh. Die Versammlung fällt des Kunstabends wegen heute aus.

Thonberg-Stötterli. Dienstag, den 19. April, abends 1/8 Uhr, Frauenabends im Restaurant Stadt Hof, Ecke Hofes und Stötterli-Strasse. Referent Genosse Flehner.

Schnefeld. Dienstag, nachmittags 4 Uhr, Flugblattverbreitung. Treffpunkt: Bibliothek. Funktionäre haben unbedingt zu erscheinen.

Ortsverein L-Stütz. Agitationskomitee sowie alle Genossinnen und Genossen, die sich an den Wahlen der Elternräte mit beteiligen wollen, treffen sich Dienstag, den 19. April, abends 1/8 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung bei Marx. Je mehr Genossen erscheinen, um so leichter die Arbeit, um so größer der Erfolg!

USA. Elternräte Plagwitz, Lindenau, Schlenzig. Dienstag, den 19. April, abends 1/8 Uhr, Schulhofschule, Köhner Straße 14: Wichtige Sitzung.

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre werden auf die Vorträge über das Reichsgesetz vom 6. April 1920 über die Beschäftigung Schwerkranken aufmerksam gemacht. Sie finden am 19. und 20. April, abends 7 Uhr, im Auditorium maximum (Nr. 26) Universitäts-Platz, statt. Veranstalter ist das Kreisamt für Kriegerversorgung.

Metallarbeiter-Funktionäre USA, Osten. Dienstag, den 19. April, nach Arbeitsruhe Sitzung im Augerschützen, Zweinamendorfer Straße 10. Ausweis mitbringen.

Schulrevolution.

Wie lange soll denn dieses System der Täuschung, dieses System des Scheins, dieses hohe und falsche System noch dauern? Wie lange wollen wir denn noch den Blick von der Natur abwenden, nicht sehen, was wirklich ist, in unsern Kindern nicht zu nächst einmal ganz mechanisch Menschen sehen, die nicht mehr selbst können, als in ihren inneren Gesetzen begründet ist? Wie lange wollen wir denn aus einem Boden Frucht ziehen, der jahrelang keine Nahrung bekommen hat? Wie lange wollen wir mit zerlumpten, ungewaschenen, unterernährten, bleichsüchtigen und hysterischen Kindern, die am Leibe kaum noch ein Hemd, zu Hause kaum noch ein Bett, kaum eine warme Stube, kaum eine Waschkübel warmes Wasser, oft auch kein Licht haben; wie lange wollen wir mit denen noch das Schauspiel unserer Klassenziele, Lehrpläne und Leistungen spielen? ... Heute steht ein anderer Mensch vor uns, als wir ihn früher kannten: schwach und bloß, trant und freistig. Ich kann es gar nicht verstehen, wenn die Schule wenn die Volksschule jetzt so frisch drauf los arbeitet, als sei gar nichts geschehen. Die Kluden überlastet, überlebt. Man wirtschaftet mit der Maschine, als sei nichts vorgefallen; man treibt sie an, man feuert sie an, bloß nicht mit Kohle, mit Sülle, sondern mit Worten. Es ist erwiesen, daß unsere Schullinder keine Milch hatten: mit nichts, sie müssen genau so lernen und wissen, wie jene, die Milch und Butter und reines Brot und unversäurtes Gemüse in ausreichender Menge hatten. ... Nichts als ein Allerweltsgewinn entziehen diese Worte der sozial denkenden Sächsischen Schulzeitung vom 28. Februar 1921, aber es tut bitter not, daß es ab und zu aufgebodet wird, was leider viele Lehrblätter aus Rücksicht auf die deutschen nationalen Kollegen in der „Gewerkschaft“ und aus Furcht vor der Reaktion ängstlich vermeiden. Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit wendet man sich hier gegen den ganzen alten Betrieb der Volksschule, wozu wir rechnen das mangelhafte biologisch-energetische Denken vieler Lehrer, ihr moraltechnisches Vorgehen, die Tagelöhner- und Stundengeberart, die Ausschüsse einsetzt und bis auf die Minute und bis auf den roten Punkt, der in ein Schülerheft korrigiert wird, ausrechnet, was der „Pionier des freien Denkens“ für die Schule leistet, und dabei ganz überhört das, was er nicht leistet: sich psychologisch umzustellen, seine bürokratisch-militaristische Weltanschauung zu revidieren, sich sozialistisch als Diener der Gemeinschaft und nicht bloß als Herr der Schule zu fühlen, den die Quänterhilfe „mehrbelastet“, und den die „offene Woche“ in seiner Ruhe stört; die Jugend als berechneten Zustand anzuerkennen, die Kinder aus den intellektuellen Treibhäusern herauszuführen zu mehr Spiel, mehr Luft, mehr Freiheit, mehr Natur; sich kameradschaftlich mit ihnen zu freuen über das, was gemeinsam geschaffen wird. Als „neuen Reflex im Reiche der Schule“ verpöten Schulrektionäre jetzt den sozialistischen Oberlehrer Paulsen in Berlin, nachdem er längst, nicht beständig wie Löwentrost von pädagogischen Radikalfunktionen, sein Programm entwickelt. Es ist die bekannte „Gemeinschaftsschule auf dem Boden der Schulgemeinschaft“, die dem Kind den Weg zu sich selbst öffnen soll, damit es das Grundgesetz persönlichen Werdens erfüllt unter Wechselwirkung des individuellen und gesellschaftlichen Seins. Die Schule soll eine wirkliche Verkörperung der Jugend, beherrscht von ihrem ureigenen Gesetz; die Auswirkung schöpferischer Kräfte im Kinde darstellen Deshalb orakelt der Schulanwalt im Tag, dem die sozialistische Grundidee Paulsens das Fatalste ist, lang und breit über sich ab-bahnende Schulanarchie und katastrophale Schwierigkeiten.

Schließlich werde noch jeder Knirps seine eigene Schule brauchen, um den Weg zu sich selbst zu finden, wenn man solche „unklaren, zerstörenden Schwärmergestirne“ und „vollkommenen Ideologen“ schalten und walten lasse. Drei junge sozialistische Lehrer in Groß-Schöcher bei Leipzig haben da besseres Verständnis gefunden. Sie haben nach einer von der Behörde genehmigten Denkschrift die neue Erziehung im ähnlichen Geiste, gefördert von der sozialistischen Gemeindeverwaltung, begonnen. Ihre Ideen bildeten auch im Verband sozialistischer Lehrer leitend die Grundlage einer interessanten Aussprache. Man hatte den Eindruck einer sich ab-bahnenden Schulrevolution im Kleinen; man verkannte nicht die Schwierigkeiten des Versuches, mühte aber die Güte des Grundgedankens durchaus anerkennen. Hier die Einleitung ihres Programms: „Als Staat im Kleinen steht die Volksschule unter einem großen Prinzip: Geschmähigkeit. Von der Schulpflicht, vom Stunden- und Lehrplan bis zur Autorität des Lehrers ist das Kind in eine große Gewöhnung gespannt und einem fremden Willen untergeordnet. Das Kind wird geführt — wenn es mehrere sind, möglichst in der Reihe — vom ersten bis zum letzten Schulschritt: durch die Korridore, durch den Hof, durch die Natur. Wir sehen in dieser Gewöhnung eine systematische Unterdrückung des eigenen Willens. Diese autoritative Erziehung der Schule, des Elternhauses und anderer Erziehungsrichtungen hat oft die Ergebnisse: Willkürmenschen, die gehorchen, die aber ohne äußere Antriebe nichts mit sich anzufangen wissen“ usw. Wie gesagt, ein sophistisches Schema lag noch nicht vor; aber das hat seiner Zeit und Pöbelstolz nicht gehabt; er sprach unklar aus, was alle unklar fühlten. Der neue Geist ist es, worauf es ankommt, nein, das neue Handeln. „Zeit nicht kleinlich an Sähen und Sähungen“, rufte Ostreich seinen entschiedenen Schulreformern zu, „beweist sie durch Tat und Leben!“ Treue Gefinnungsfreunde, nicht eine Clique von Stellenbesetzern wollen wir sein. Gründlich und radikal denken, begeistert agieren, hingebend versuchen. Nur in der Richtung bleiben, das Tempo kann verschieden sein. Zunächst seien und wachsen lassen! Die Ernte wird schon kommen. Gemeinshaft fordert Opfer, nicht Geschwätz.“ Möge in diesem Sinne die Arbeit in und an der kleinen Großschöcherischen Volksschule getan werden. Nächsten sich die Bauleute nicht beirren lassen durch den Spott über die „Spieleschule für Lehrer, Eltern und Kinder“. Erhaltet euch den Geist der drei Empörer Rousseau, Paulsen und Ostreich; säet euren Samen und achtet der Vögel nicht! P. Michaelis.

Teuerungszahlen für Leipzig.

Das Statistische Amt der Stadt Leipzig schreibt uns: Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1/2 Jahren bestehenden Familie in je vier Wochen in Leipzig (in Mark):

1. Für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung: Teuerungszahlen I (I 1).
2. Für Genusmittel, Körperpflege, Kleidung (ohne Neuanfassungen), Ersatz an Wirtschaftsgegenständen, Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke, Abgaben; Teuerungszahlen II (I 2).
3. Für alle wichtigeren Lebensbedürfnisse (ohne Neuanfassungen von Kleidung): Gesamtteuerungszahlen (I 1 u. I 2).

	(I 1)	(I 2)	(I 1 u. I 2)
vom 14. Februar bis 13. März 1921	875	472	1347
" 21. " " 20. " 1921	871	472	1343
" 28. " " 27. " 1921	870	472	1342
" 7. März " 5. April 1921	840	470	1310
" 14. " " 10. " 1921	835	470	1305
" 21. " " 17. " 1921	790	429	1219

Die Teuerungszahl 1 ist infolge Fallens der Preise wichtiger Nahrungsmittel, insbesondere für Fett, Speck, Schweinefleisch Eier und einige Gemüsesorten, weiter wesentlich gesunken. Die Teuerungszahl 2 ist durch die Anwendung des neuen Lohnabzugsplans ebenfalls herabgegangen. Die Gesamtteuerungszahl weist daher einen starken Rückgang auf.

Die Teuerungszahlen 1 sind nach der Anweisung der Reichsstatistik, die Teuerungszahlen II nach den vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig angestellten Grundräten, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Groß- und Kleinhandels berechnet; vgl. Dr. L. B. Hoff, Preise und Kosten der Lebenshaltung in Leipzig, in Heft 1, 2 und 3 der Mitteilungen des Statistischen Amtes (Verlag von Wilhelm Schönte, Köhbergische Buchhandlung in Leipzig, Preis 3 Mk. und 20 Prozent Teuerungszuschlag).

Die Ortsklasseneinteilung der Lehrer

Stand im Leipziger Lehrerverein in der letzten Sitzung mit auf der Tagesordnung. Folgende Entschliessung wurde gefasst: Durch die in Verbindung mit dem Besoldungsgesetz eingeführte Ortsklasseneinteilung sind zwischen Stadt- und Landbeamten und Lehrern Gehaltsunterschiede geschaffen worden, die sachlich völlig unbegründet sind. Indem dazu auch noch die Ausleihschulpläne und Kinderzulagen nach Ortsklassen abgestuft worden sind, ist das den Land- und Kleinstadtlehrern und -Beamten angefallene Unrecht ins Unerträgliche gesteigert und das innere Gefälle des Besoldungsgesetzes insbesondere die mühsam aufgebaute Gruppeneinteilung zerstört worden. Der L. V., der um der Schule willen eine Differenzierung ablehnt, die die Einheit des Lehrerstandes bedroht, steht in einer solchen Regelung einen beachtlichsten Vorstoß gegen die innere Geschlossenheit des Beamten- und Lehrerstandes. Er bekämpft entschieden eine solche Besoldungspolitik. Alle Zuschläge müssen für Stadt und Land in gleicher Höhe gewährt werden. Die Ortsklasseneinteilung muß vereinfacht und der Freistaat Sachsen als einheitliches wirtschaftliches Gebiet anerkannt werden. Der L. V. erwartet, daß die sächsische Regierung und die Leitung des Beamtenbundes alles daran setzen, eine gerechte, die Einheit der Beamten- und Lehrerschaft verbürgende Besoldung herbeizuführen.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 20. April, anschließend an die nachmittags 5 Uhr stattfindende gemeinschaftliche Sitzung der beiden städtischen Kollegien statt. Das

Stadtverordnetenkollegium wird u. a. beraten über die Uebernahme der Mädchenhorte in städtische Verwaltung, über die Beiträge an das Diakonissenkrankenhaus, über eine Eingabe wegen der Gewerbesteuer, über die Uebernahme der dem Verein Ostheim gehörenden Grundstücke usw. auf das Johannshospital, über die Rückübernahme des Kato zu dem Bau von Kleinwohnungen durch den Leipziger Spar- und Bauverein, die Gartenvorstadt Marienbrunn und die Gemeinnützige Baugesellschaft Leipzig-West, über zwei Eingaben wegen der Spruchpraxis des Einigungsamts usw., über eine Eingabe wegen der Mietpreise in der früheren Heilanstalt Leipzig-Thonberg, über zwei Eingaben wegen der Löhne für das Personal der Straßenbahn.

Elternratswahlen. Wie wir erfahren, hat das Schulamt, um Irretümern vorzubeugen, den Schulleitungen mitgeteilt, daß neben den gesetzlichen Vertretern auch die verwitweten und außerhalb des Kreises wohnenden Mütter das aktive und passive Wahlrecht zu den Elternratswahlen besitzen. — Damit ist wenigstens die größte Ungerechtigkeit verhindert. Doch muß auf jeden Fall versucht werden, auch für die Witwekinder das Wahlrecht zu sichern.

47. Volksschule. Dienstag, 19. April, 7 Uhr, im Festsaal der L.-Plagwitz: 1. Gefänge von Frau Stecke-Schick, 2. Turnerische Gruppen, 3. Kinderchor „Den deutschen Wald“ von Ragner. Eintrittspreis 2 Mk.

Vom Dividendenfest in Leipzig. Die Riquet u. Co. A. G. Leipzig, wird nach rechtlichen Abwägungen eine Dividende von 20 (15) Prozent verteilen. — Der Aufsichtsrat der Leipziger Immobilien-Gesellschaft — Paul für Grundbesitz A. G. in Leipzig, hat den Beschluß gefasst, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent vorzuschlagen. — Der Aufsichtsrat des Leipziger Bankvereins beantragt aus einem Reingewinn von 201 122 (i. R. 90 000) Mk. nach Ueberweisung von 100 000 Mk. an die Reservefonds die Verteilung einer Dividende von 10 (i. R. 7) Prozent.

Wieder Beschleunigung der Schnellzüge. Der Sommerfahrplan bringt am 1. Juni nicht nur eine lange Reihe neuer Schnellzugverbindungen durch ganz Deutschland, sondern vielfach auch eine Verkürzung ihrer langen Fahrzeiten. Die Eisenbahndirektionen waren angewiesen worden zu prüfen, auf welchen Strecken eine Fahrtschwindigkeit von 80 Kilometer in der Stunde wieder zu erreichen ist. Auf dem größten Teil der Linien war eine Beschleunigung kaum möglich, z. B. wegen des Oberbaues, z. T. wegen der Lokomotiven. Auf einzelnen Strecken können aber die Schnellzüge wesentlich beschleunigt werden, insbesondere zwischen Berlin und Halle, wo fast sämtliche D-Züge eine kürzere Fahrzeit erhalten können. Die Züge fahren später von Berlin ab oder kommen früher wieder an. Dabei sind die Fahrpläne mit aller Voricht aufgestellt, so daß ein pünktlicher Betrieb erwartet werden darf.

Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie (Leipziger Lehrerverein). Dienstag, den 19. April, abends 1/8 Uhr, 3. (lehter) Vortrag des Herrn Privatdozenten Dr. med. Pfeifer über Epilepsie.

Der Verein für Mutterjahre zu Leipzig gibt bekannt, daß er in der Lage ist, schwangeren, bedürftigen Frauen des Mittelstandes Unterstützung an Lebensmitteln zukommen zu lassen. Persönliche Bewerbungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle Rathausring 7, parierte links, wochentäglich von 9-11 Uhr außer Freitags.

Polizeinachrichten.

Zeitungsblätter enthaltende Geldbriefe. Warnung vor einem Betrüger. Seit einigen Tagen treibt ein Betrüger hier sein Unwesen, indem er sich in der Nähe der Hauptpost beim Postinspektorsamt ausstellt, an junge Leute, Kontorlehrlinge und Laufbuben, die vermeintlich dort Geld einzusammeln oder abzugeben haben, heranztritt und sie bittet, für ihn einen Geldbrief an einen Bekannten zu besorgen. Die unerfahrenen jungen Leute sind in den bisher bekannten Fällen auch darauf eingegangen und von dem Schwindler bis an ein in der Nähe gelegenes Grundstück, worin der angebliche Empfänger wohnen sollte, begleitet worden. Dort hat sich der Fremde von dem Boten zur angeblichen Sicherheit einen größeren Geldbetrag auszuhandeln lassen und ist damit verabschiedet, während jener das Grundstück vergeblich nach dem Empfänger absuchte. Leider zu spät haben dann die Betrüger bemerkt müssen, daß sie verprellt worden waren. Beim Einführen der Briefumschläge stellte es sich heraus, daß diese anstatt des angegebenen Geldbetrages nur wertloses Zeitungsblätter enthielten. Es wird vor diesem gefährlichen Betrüger gewarnt; bei erneutem Auftreten veranlasse man seine Festnahme. Die Beschreibung des Betrügers ist sehr verschieden, so daß die Möglichkeit des Zusammenarbeitens zweier Personen besteht.

Lebensmittellisten für Dienstag, den 19. April.

Für Haushaltungen. Ausgabe: Rindfleisch (heilige Schlachtung) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegerversorgung ausgeteilte Bezugskarten: Buchst. C-D, 9-3 Uhr am dem Schlachthof, gegenüber dem Schanzen II, rechts 1. Tür. Pfund 7,80 Mk. Es erhalten bis 3 Köpfe 2 Pfd., 4 und mehr Köpfe 3 Pfd. Fleisch. Einschlagpapier mitbringen! Kartoffelmehl für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in der Markthalle, Galerie, Stand 122 von 4-7 Uhr: Buchstaben A-F, 3 Pfund 9 Mk. Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren: Beginn — bestellt mit M 3, N 3, Z 3 der Lebensmittelkarten 8 1/2. Nährmittel für Schwangere usw.: Beginn — bestellt mit SN 3 der Sonder-Lebensmittelkarten für Schwangere, Stillende u. Reichshaushaltsbesitzer für Kohlenhändler im Kohlenamt Markstraße 3, II, Zimmer 17: Buchstabe J—N. Briefets für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene bei der Firma Georg Werner in der Niederlage der Firma Max & Co., L.-Plagwitz, Jahnstr., Ecke Elisabeth-Allee, auf Gutscheine Nr. 1890 bis 1965 von 8-12 Uhr vorm., Nr. 1966-2010 von 1-1 Uhr nachm. (je 2 Zentner). Die Kohlen für die ausgegebenen Gutscheine sind an dem angegebenen Tage unbedingt abzuholen, da sie andernfalls verfallen.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine. Sächsischer Spielvereinigung, 4. Kreis 1. Bezirk, (Stadion des Arbeiters-Turn- und Sportbundes) Spielturniere am Sonntag, dem 17. April 1921, 12.00 Uhr: Sportverein Ost-Preußen 1:1, 4. Bezirk II—Pannsdorf II:1

U. S. P. D. Gross-Leipzig. Dienstag, den 19. April, von nachmittags 4 Uhr ab Flugblatt-Verbreitung im Bereich der Stadt Leipzig.

Die Ausgabe erfolgt in den bekannten Stellen. Wir erwarten, daß sich die Parteimitglieder zahlreich an der Verbreitung beteiligen. Der Hauptvorstand.







Genosse Kamofel: Das Wachstum der Kommunisten ist auch mit auf den Mangel an aktiver Beteiligung unserer Genossen in den Betrieben zurückzuführen. Unsere Parteigenossen mühten sich in den Betrieben gegenseitig unterstützen.

Genosse Halberstadt: Ich verwerfe es stets, wenn die Löhne unserer Arbeiter und Angestellten kapitalistisch ausgepielt werden. Wir dürfen nicht sagen, daß bei uns zu hohe Löhne gezahlt werden. Die Jugendbeilage ist dringend notwendig, wenn wir die fernstehende Jugend gewinnen wollen.

Am Schluß der Versammlung machte Genosse Rypfel noch die bevorstehende Maßfeier aufmerksam.

## Aus der Umgebung.

Bezirksverband Grimma.

In der Woche vom 18. bis 24. April 1921 erhalten Verwaltungsbevollmächtigte 50 Gamm Butter zu 1.50 Mk. auf den Absatz 9 der Butterkarte.

**Dehsh. Elternratswahl.** In der am Sonntag stattfindenden Elternratswahl beteiligten sich 407 Wahlberechtigte. Nur fünfzig Prozent der Wähler machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Für die Liste der U. S. P. D. wurden 167, für die Bürgerliche Liste 134 und für die Liste der K. P. D. 62 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden 4 Vertreter der U. S. P. D., 3 Bürgerliche und 1 Vertreter der K. P. D.

**Thella.** Aus dem Gemeinderat. Das Gehalt des Sen. Dietrich um Entbindung von seinem Mandat als Gemeindevertreter und Mitglied des Schulvorstandes wird einstimmig genehmigt. Als Ersatzmann kommt der Bauarbeiter Emil Eichmann (Kommunist) zur Berufung als Gemeindevorsteher. Beurlaubung durch die Bahn sehr mangelhaft ist, soll erneut mit der Amtshauptmannschaft wegen reichlicherer Zuteilung von Reichsbahnarbeitskräften verhandelt werden; die fehlende Menge soll wie bisher durch Landbezug besorgt werden. Es soll versucht werden, jedem Haushalt pro Woche 1 Zentner zum Preise von 15 Mk. zu liefern. Vorauszahlung für die Möglichkeit des Einkaufspreises ist, daß zwei Drittel mit der Bahn und ein Drittel auf Landbezug herangeführt wird. In nichtöffentlicher Sitzung werden dann noch einige Unterstufungsangelegenheiten genehmigt. Da noch circa 5000 Mk. von den im Herbst gewährten rund 15 000 Mk. zurückzuführen sind, sollen die Finanzkommissionen beraten, welchen Familien diese Zuschüsse als Unterstützung angerechnet werden können, die übrigen sollen erstlich an das Abzahlen erinnert werden. Aus dem Schulvorstand ist zu berichten, daß mit den Gemeinden Pöhlitz, Plausitz und Abtaunsdorf ein Zweckverband für die Mädchenfortbildungsschule gebildet wird. In einer gemeinsamen Sitzung der beteiligten Schulvorstände wurden in Anwesenheit von Schultat und Vertretern der Amtshauptmannschaft die Richtlinien besprochen und die Vorarbeiten beauftragt, das Verbandsstatut auszuarbeiten. Es wurde weiter der Wunsch ausgesprochen, vielleicht später der Zusammenlegung der Schulen überhaupt näherzutreten, um in leistungsfähigere Schulverhältnisse zu bekommen.

## Sächsische Angelegenheiten.

Zur Frage der Eisenbahntarife.

Der der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden beigeordnete Eisenbahnrat hielt am 14. April 1921 in seiner neuen Zusammenlegung unter dem Vorsitz des Präsidenten der Generaldirektion, Dr. Mettke, seine 80. Sitzung ab. Er wählte zunächst die Mitglieder des ständigen Ausschusses und nahm hierauf Berichte entgegen über die Reform der Güter- und Tier-Tarife vom 1. Dezember 1920, die Erhöhung der Güter- und Tier-Tarife vom 1. April 1921, die bevorstehende Erhöhung der Personentarife sowie über die Verkehrsfrage, wobei von verschiedenen Mitgliedern Bedenken gegen die vorgesehene Erhöhungen geäußert wurden. In der seiner Begutachtung unterbreiteten Frage der Verlegung von Brennholz von der Tarifklasse D nach E sprach er sich einstimmig gegen diese Detarifizierung aus und beriet am Schluß den Sommerfahrplan 1921.

Anfragen im Landtage.

Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages hat folgende Anfrage eingebracht: Ist der Regierung bekannt: a) daß durch Truppen und Spigel sächsische Arbeiter im Leuna-Bezirk zurückgehalten werden; b) daß die Arbeiter unter vielfacher Behandlung zwangsweise und ohne Bezahlung arbeiten müssen; c) daß verwundete Arbeiter ungenügend versorgt und misshandelt werden? Was beabsichtigt die Regierung zu tun: a) um die Arbeiter aus den Händen der Truppen und Spigel zu befreien; b) daß die Arbeiter für die geleistete Arbeit Bezahlung erhalten; c) daß die verwundeten Arbeiter genügend versorgt und vor Misshandlungen geschützt werden.

Die Deutsche Volkspartei fragt an: Ist die Regierung bereit, Auskunft zu geben, nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl der Gewährsmänner und des Betrags für die Ausbildung der Polizeibeamten im Geschichtsunterricht und in der Staatsbürgerkunde erfolgt? Bekanntlich hatte die Regierung dafür nur sozialistische Gewährsmänner vorgesehen.

Die Deutsche Volkspartei hat ferner folgenden Antrag eingebracht: Die unter dem 28. Februar 1921 erlassene Verordnung des Kultusministers ordnet die Wahl von Elternräten mit einer Wahldauer von drei Jahren an. Im § 11 des Uebergangsgesetzes sind dagegen alljährliche Elternratswahlen vorgesehen. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung ungenügend mit dem Uebergangsgesetz in Einklang zu bringen.

Großer Waldbrand im Kreise Hoyerwerda.

Aus Bautzen wird mitgeteilt: Ein großer Waldbrand wütet seit einigen Tagen in den Wäldern an der sächsisch-preussischen Grenze im Kreise Hoyerwerda. Der Brandherd erstreckt sich auf viele Kilometer und ist in der Nähe der Dörfer Jolena, Leipe, Johannisthal, Schwarzkollm und Bernsdorf gelegen. Durch die letzten Regenfälle ist das Feuer stark eingedämmt worden, nur in der Gegend der Braunkohlengrube Erla brennen die Waldungen noch sowie auch große Kohlenbestände. Die große Grube Erla, der Braunkohलगesellschaft Tse gehörig, schwebt am Donnerstag in ernstester Gefahr. Die Anlagen der Grube waren bei dem Brande äußerst bedroht. Die Leute brachten sich, da das anfangs unterdrückte Feuer immer größere Ausbreitung gewann, in Sicherheit. Der Betrieb mußte infolgedessen stillgelegt werden, konnte aber am Freitag, da die größte Gefahr beseitigt war, wieder aufgenommen werden. Da infolge des Waldbrandes Gefahr für die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes bestand, wurde auf der Strecke Kohlsdorf-Kalkenberg am Donnerstagnachmittag der gesamte Zugverkehr gesperrt. Auch auf der Strecke Senftenberg-Kamenz waren ebenfalls direkt an der Eisenbahnlinie liegende Waldbestände in Brand geraten. Ein zweiter Waldbrand ist zwischen Lohsa und Werninghof ausgebrochen, der indessen nicht auf die Grubenanlagen übergriff. Ein dritter Brand setzte die an der Grube Erla liegenden Wälder bei Weißwasser in Brand, doch konnte dort das Feuer mittels der herbeigekommenen Wehren bald gelöscht werden.

## Dresdner Schreckensurteile.

Das auf Verordnung des „Sozialdemokraten“ Oberst in Dresden einberufene außerordentliche Gericht für Aburteilung von Vergehen, die mit den Märzvorwürfen im Zusammenhang stehen, will ideenbar durchaus nicht in der „Rechtserregung“ hinter den üblichen Ausnahmezustand zurückbleiben. Am Sonnabend wurden in den beiden ersten Verhandlungen drei Personen wegen Verletzung eines heftigsten kommunistischer Flugblätter zu je sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Es waren dies der 35 Jahre alte Rademeister Hans aus Liebigau bei Dresden und die beiden aus Leipzig gebürtigen Zigarrenmacher Karl Friedrich, Gustav Herrmann und Otto Karl Hermann Wernicke. Die beiden letzteren waren zu Öftern in Leipzig festgenommen worden, als sie Flugblätter mit der Ueberschrift „Auf zur Tat“ verteilten. Beide Angeklagten erklärten Kommunisten zu sein. Den Inhalt der Flugblätter wollen sie nicht gekannt haben!

Die Urteile entbehren jeder rechtlichen Grundlage, da nach der Reichsverfassung die Verbreitung von Flugblättern jedem Deutschen gestattet ist und in der Zeit der Verteilung der Flugblätter durch die Verurteilten kein Ausnahmezustand in Sachsen bestand, mithin der in Frage kommende Paragrah der Verfassung nicht aufgehoben war.

In einer andern Sitzung des außerordentlichen Gerichts wurde gegen den 19 Jahre alten Gelegenheitsarbeiter Karl Martin Schulze verhandelt, der am 23. März, gegen 2 Uhr morgens, mit einer gefährlichen Sprengladung in Luerbach von einem Polizeibeamten angehalten worden war. Sein Begleiter hatte die Flucht ergriffen und auf den Polizeibeamten geschossen, jedoch hatte die Kugel ihr Ziel verfehlt. Bei dem Verhafteten waren 17 1/2 Pfund Sprengstoffe vorgefunden worden. Als Zeuge war der Betonarbeiter Karl Schulz vorgeführt worden, der das Attentat auf das Dresdner Landgericht verübte und in Abschlüssen bereits zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Schulz sagte erneut aus, daß alle Sprengattentate von Bols organisierte worden seien. Ein Russe habe die Ladungen zusammengestellt. Die Ausgabe sei in Charlottenburg erfolgt. Von dort aus wurden fünf Mann mit ihm zugleich nach verschiedenen Städten Sachsen abgemeldet. Schulz gab an, daß er mit dem Angeklagten Schulze in der Wohnung in Charlottenburg zusammengekommen sei, das Gericht verurteilte Schulze wegen Vergehens gegen das Donatistengesetz zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Wir diskutieren nach wie vor die Verlegung von Sprengstoffen in politischen Kämpfen, weil wir darin eine Reaktion im proletarischen Klassenkampf erblicken, die nur der Reaktion zum Nutzen ist. Mit aller Schärfe wenden wir uns aber gegen das Schreckensurteil des Dresdner Gerichts, das einen irreführenden inenbüchlichen Arbeiter auf Jahre ins Zuchthaus wirft. Das Proletariat muß sich wie ein Mann gegen diese Gerichtsbescheide des weissen Schreckens erheben und deren Beseitigung fordern.

Pittsburg bei Dresden. Im Mülliger Staatsforstgebiet wurde ein Menschenkopf gefunden, der am Freitag bei der Dresdner Staatsanwaltschaft abgegeben wurde. Der Körper ist bisher nicht gefunden worden. Man sucht jetzt mit Polizeihunden nach ihm. Möglicherweise handelt es sich nicht um Mord, sondern um den Kopf eines Selbstmörders, dessen Körper sich abgestößt hat. Der Kopf dürfte dann von Tieren verschleppt worden sein.

Klingenthal. Das Stadtverordnetenkollegium beschloß, gemeinsam mit der Stadtgemeinde Schönau wegen einer Kraftwagenlinie Orsitz-Schönau-Klingenthal bei den Behörden vorstellig zu werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

Reichslohntarif der Eisenbahner!

Zwischen den drei Eisenbahnerverbänden, dem DEB, der GDE und der UEB, die zusammen rund 700 000 Mitglieder zählen, und der Reichseisenbahnverwaltung ist ein Reichslohntarif abgeschlossen worden, der für alle Arbeiter der Reichseisenbahn gilt. Das Organ der deutschen Eisenbahner behandelt eingehend diesen Tarif. Wir geben folgende wichtige Bestimmungen wieder:

Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 48 Stunden und bedeutet für einige süddeutsche Länder eine Verschlechterung, die bereits den freien Sonnabendnachmittag eingeführt hatten. Für die im Betriebsdienst Tätigen gilt die monatliche Durchschnittsarbeitszeit, so daß für diese Schicht der Achtstundentag durchbrochen werden kann.

Die Löhne sind in fünf Lohngruppen und fünf Ortsklassen eingeteilt, die aber wieder nach dem Lebensalter abgeplant sind. Ebenso sind Fertigungszuschläge, Mindestlohnzüge, Höchstlohnzüge, Ueberschneidungs- und Kinderzuschläge, außerdem Zulagen für Beamtendienst und Hoberstunden, für Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienst vorgesehen. Ein paar Stichproben sollen veranschaulichen, welche „Mittliche“ Löhne die Eisenbahnarbeiter beziehen. In der Ortsklasse A bezieht ein Arbeiter in der ersten Lohngruppe im achtzehnten Lebensjahre ein Jahreseinkommen von 11 768 Mk., das sich steigert bis zum Höchstlohn im vierundzwanzigsten Lebensjahre auf 14 774 Mk. Damit ist das Maximum an Jahreseinkommen erreicht. In der Ortsklasse B, der zweiten Lohngruppe, ist das Minimum 10 517 Mk., das Maximum 15 522 Mk. In der Ortsklasse C verdient ein achtzehnjähriger Eisenbahner in der dritten Lohngruppe 9205 Mk., das sich auf 12 270 Mk. steigert. In der Ortsklasse D ist das Zahlenverhältnis 7512 Mk. zu 10 517 Mk., während in der niedrigsten Ortsklasse E das Minimum 3756 Mk. und das Maximum 5258 Mk. Jahreseinkommen beträgt. Das Jahreseinkommen ist nach 313 Arbeitstagen berechnet worden.

Für unterhaltsberechtigte Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre wird ein Zuschlag von 1.00 Mk. den Tag bezahlt, der aber nur für die sechs Wochenlöhne gilt.

Auch die Lehrlinge sind im Tarifvertrag berücksichtigt worden, und ihre Löhne sind in fünf Ortsklassen und vier Lehrjahren festgelegt. Im ersten Lehrjahre in der Ortsklasse A erhält ein Lehrling 2479 Mk., während im vierten Lehrjahre 5759 Mk. Jahreseinkommen erzielt werden. Das Verhältnis in der Ortsklasse C ist 1763 zu 4883 Mk., während in der letzten Ortsklasse E im ersten Lehrjahre 1504 Mk. und im letzten Lehrjahre 4257 Mk. bezahlt werden.

In längeren Ausführungen behandelt das genannte Organ das Gedingeverfahren, das besonders für Arbeiter auf Güterböden, für Kohlenladen, Reinnigen der Viehwagen und für bestimmte Arbeiten in Betriebswerkstätten eingeführt wird. Es wird bemerkt, daß das Streben nach höherem Einkommen diesen Vorgang verständlich macht, aber im Interesse der Sache wird vor solchen Schritten gewarnt.

Das Mitbestimmungsrecht bei Streitigkeiten, wie Festlegung der Güterkraft, bei Feuerungen usw. ist festgelegt worden. Es geht aber nicht über den Rahmen der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus. „Von eigentlichem Mitbestimmen ist nicht die Rede.“

Der soziale Teil des Reichslohntarifs enthält Bestimmungen über Erholungsurlaub, Freifahrt und Krankengeldzuschüsse, die durch die Neuregelung circa 15 Millionen Mark pro Jahr erfordern, und es wird bemerkt, daß „den Arbeitern bedeutend mehr als im alten Betrage geboten wird“. Das Krankengeld wird in einer Höhe gezahlt, die 70 vom 100 des Tariflohns erreicht, inwieweit dies auf den Sonntag fallenden Krankengeldbetrages.

Das Organ der deutschen Eisenbahner bemerkt, daß der Reichslohntarif nicht befriedigen könne, trotz der Fortschritte, die auf einzelnen Gebieten erzielt werden konnten, und es richtet zum Schluß an die Eisenbahner folgende Mahnung:

„Erhebet den DEB als Einheitsorganisation der Eisenbahner, und ihr könnt gewiß sein, daß ihr über kurz oder lang menschenwürdige Arbeitsbedingungen erreichen werdet!“

Zur Warnung für die Eltern von Buchdruckerlehrlingen.

Im Organ des Deutschen Buchdruckerverbandes, Korrespondent, lesen wir: Die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, das offizielle Organ des Deutschen Buchdruckervereins (Buchdrucker-

beizher), fährt in letzter Zeit in geradezu auffälliger Weise fort, für die sofortige Entlassung der Buchdruckerlehrlinge nach Beendigung der Lehrzeit einzutreten. Wir stellen demgegenüber fest, daß es bisher im Buchdruckgewerbe allgemein üblich war, Lehrlinge in den einzelnen Betrieben einzustellen, um diese nach beendeter Lehrzeit als Gehilfen weiterzubehalten. Ebenso selbstverständlich haben auch bisher die Eltern der Lehrlinge stets damit gerechnet, daß sie das Opfer einer vierjährigen Lehrzeit ihrer Söhne nur deshalb auf sich nehmen, damit die nach so langer Lehrzeit eine einigermaßen gesicherte Existenz haben werden. Nachdem nun aber durch das offizielle Organ der zeitlichen Buchdruckerbetriebe in schroffem Gegenstich zu vielen andern Unternehmern (nicht einmal das Zentralorgan der deutschen Unternehmerrunde, die Deutsche Arbeitgeberzeitung, in die in so brüderlicher Weise immer und immer wieder behauptet wird, daß „Buchdruckerlehrlinge nach Beendigung der Lehrzeit keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung haben“, was mir übrigens auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ganz entschieden bestritten, so ergibt sich für alle Eltern, die die Absicht haben, ihre Söhne dem Buchdruckgewerbe als Lehrlinge zuzuführen, die Notwendigkeit, ernstlich zu prüfen, ob sie ihre Söhne etwa unsozialen Buchdruckerbetriebern ausliefern und ihre Kinder während vier Jahren ihres besten Lebensalters lediglich der Ausbeutung als Lehrling preisgeben wollen, um sie nachher arbeitslos auf die Straße gesetzt zu sehen!

Die Arbeit der Kommunisten im Bauarbeiterverband.

Der inzwischen vom Verband ausgeschlossene kommunistische Vorstand des Bezirksvereins Chemnitz vom Deutschen Bauarbeiterverband hatte „besondere Richtlinien für die Baubetriebe und die Betriebsräte des Baugewerbes“ herausgegeben, die im Grundstein jetzt auszugeweiht veröffentlicht werden. Die Richtlinien gestatten einen tiefen Einblick in das Wirken der Kommunisten und zeigen mit aller Deutlichkeit, daß sie ihr Wirken allein eingestuft haben auf die Frage: wie nützen wir der kommunistischen Partei.

In diesen besonderen Richtlinien lautet Absatz 3: „Der Delegierte ist verpflichtet, eine Kontrolle, und zwar jeden Monat ein- oder zweimal, auf Angehörigkeit der Mitglieder zu einer Gewerkschaft und politischen Partei, und zwar der kommunistischen und deren Zeitung, durch Lektüre oder Nachfragen vorzunehmen.“ Absatz 4 lautet: „In den vornehmsten Aufgaben für den Delegierten gehört auch die Aufklärung derjenigen Kollegen, die noch heute der SPD und der UEB angehören. Er muß sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften bemühen, sie der kommunistischen Partei zuzuführen.“ Und im Absatz 5 lesen wir, „daß der Delegierte verpflichtet ist, die Genossen von der SPD und UEB auf die falsche Taktik ihrer Parteien aufmerksam zu machen.“

Die Form, in der die Kommunisten ihre Belehrung ausüben, ist ja den Bauarbeitern, die nicht Kommunisten sind, hinreichend bekannt.

Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Bauarbeiter kümmerte die Kommunisten erst in zweiter Linie.

Wenn die Arbeiter nicht zusammenhalten.

Ein Geschäftsbericht der Gewerkschaften aus Kanada sagt u. a.: Die Ansicht, daß die Löhne nicht sinken werden, hat sich nicht bewährt. Die Menge der Arbeitslosen hat es den Unternehmern möglich gemacht, harte Lohnverfügungen vorzunehmen, und in der Arbeiterbewegung besteht keine Solidarität, um wirksamen Widerstand zu leisten. Der Bericht teilt dann die Lohnverfügungen, welche 20 Prozent übersteigen, im einzelnen mit.

Sammlung von Verordnungen und Gesetzen.

Unter diesem Titel gibt das Gewerkschaftsblatt alle neuen Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen heraus, die in das Gebiet des Arbeiterrechts gehören.

Sie sind folgende: Verordnung, betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -Stilllegungen vom 8. November 1920. (Reichs-Ges. S. 1901.)

Ausführungsanweisung zur Verordnung vom 8. November 1920. (Reichsanzeiger Nr. 287.)

Ausführungsbestimmungen zur Verordnung vom 8. November 1920. (Reichsanzeiger Nr. 270.)

Sächsische Verordnung zur Verordnung vom 8. November 1920. (Sächs. Staatszeitung Nr. 283.)

Gesetz zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen. Rom 22. Dezember 1920. (Reichsanzeiger Nr. 285.)

Die Zusatzsteuer vom reichssteuerfreien Einkommensteuertarife. (20. Nachtrag vom 18. Dezember 1920 zur Steuerordnung der Stadt Leipzig.)

Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung. Rom 26. Dezember 1920. (Reichs-Ges. S. 2115.)

Einstellung von Lehrlingen im Elektro-Installationsgewerbe. (Sächs. Staatszeitung Nr. 2, 1921.)

Gesetze und Verordnungen. Bekanntmachungen, betreffend die Auslegung der Beamtliche Friedensschluß und Kriegsende auf dem Gebiete der Arbeiter- und Angestelltenversicherung. Rom 25. Mai 1920. (Reichs-Ges. S. 1081.)

Auf Grund des § 27, Abs. 2, 3 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919. (Reichs-Ges. S. 1670.)

Gesetz über die Betriebskassenzins und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung. Rom 5. Februar 1921.

Verordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung. Rom 18. Februar 1921. (Reichsanzeiger Nr. 461, 1921.)

Bekanntmachung des Leipziger Demobilisierungskommissars. Zur Verordnung vom 18. Februar 1921. (Sächs. Staatszeitung Nr. 71, 1921.)

Verordnung, betreffend Abänderung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 25. April 1920. (Reichs-Ges. S. 708.) Rom 5. März 1921.

Die ganze Sammlung, 19 Blätter, ist zum Preise von 1.50 Mark von den Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsblatt, 166, Betriebsräte, Gerberstraße 1, IV., zu beziehen.

Internationale Solidarität im Schiffbau.

Auf den englischen Werften streiken schon seit Dezember vorigen Jahres Lohnindifferenzen halber die Schiffszimmerleute. Englische Werften haben daher versucht, Aufträge zum Teil auf deutschen Werften ausführen zu lassen. In einem Spezialfall traten die Hamburger Schiffszimmerleute sofort in einen Sympathiestreik, obwohl es sich in vorliegenden Falle um Reparaturen amerikanischer Schiffe handelte, die englische Werften übernommen hatten. Jetzt sind nun die englischen Werften an die holländischen herangetreten und bemühen sich, Aufträge über viele Millionen Gulden in Holland zu platzieren. Die englischen Schiffszimmerleute haben daraufhin versucht, durch das internationale Gewerkschaftssekretariat die holländischen Arbeiter zu bewegen, sich von diesen Arbeiten fernzuhalten.

Optikerstreik. In Rathenow, das eine große optische Industrie besitzt, ist ein Optikerstreik ausgebrochen. Die gesamte Arbeiterschaft befindet sich im Ausnahmezustand oder ist ausgesperrt worden. Der Grund des Streiks sind Lohnstreitigkeiten, über die schon seit Anfang Februar ohne Ergebnis verhandelt worden ist.

Abbau der Bergarbeiterlöhne? In einer in Burgstädt abgehaltenen Versammlung der im Braunkohlenrevier arbeitenden hiesigen Bergleute wurde nach einer Meinung der Freien Presse bekanntgegeben, daß die Bergwerksbesitzer den Tarif zum 15. Mai gekündigt haben, um einen 20prozentigen Abbau der Löhne vorzunehmen.



Mündliche Bekanntmachungen.

Wettstellen für Säuglinge und Kinder unter 6 Jahren. Familien oder alleinstehende Frauen, die Säuglinge und Kinder unter 6 Jahren in Pflege nehmen wollen...

600 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 16. d. Mts. sind aus einem Fabrikraum in der Verstrickung in L. Neubau 2700 Zigarren in Papptaschen mit dem Aufdruck 'Media Noctua', 'Mein Fall' und 'Amperator Deli. Saccana'...



Warnung vor Nachahmungen Eine rasche Wirkung erzielt sich durch Anwendung von Obermayer's Medizinalherbapflanze bei melnem laftin. und qualenden

Hautjucken

Frau Kramer in Rinnelsbuch. Herba-Heile zu haben in allen Apotheken, Drogerie und Parapharmazie des Reichs...

Leinölfirnis, garantiert rein, 1/2 Liter 1.40, 1 Liter 2.80

Metallarbeiter

Mittwoch, den 20. April, abends 6 1/2 Uhr, im Volkshaus:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

- 1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Anträge. 3. Vortrag des Kollegen Friedemann: „Ein Jahr Betriebsräte-Geheß.“

Ohne Verbandsbuch kein Zutritt! Die Ortsverwaltung. Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen! Nach langem, schwerem Leiden verschied heute unsere herzergute Mutter...

Em a Ramm geb. Gröber im 63. Lebensjahre. L. Anger, 17. April 1921. Schilmerstraße 11, II.

Gustav Börner im Alter von 65 Jahren nach einem arbeitsreichen Leben. Dies zeigen schmerzhaft an Knauff Leeberg, den 17. April 1921

M. Dietzel und am 15. April unter aktiver Sangesgenossin Paul Schirmer. Beide waren uns wertige Freunde und Sangesgenossen...

Herm. Franz Max Müller im Alter von 51 Jahren nach einem arbeitsreichen Leben. Dies zeigen schmerzhaft an L. Lindenau, Werlesburger Str. 122, III. I.

Verein Feuerbestattung jur. Pers. z. Leipzig

Dienstag, den 26. April 1921, abends 8 Uhr Haupt-Versammlung im Goldenen Saale des Arnstall-Palastes.

Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Leipzig. E. G. m. b. H. Die Mitglieder, welche nicht in den Vereinshäusern wohnen...

„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“ von Karl Marchionni. Preis 2 Mk. Leipziger Buchdruckerei A. G.

Familien-Nachrichten

Statt Karten! Schnell und unerwartet starb im Alter von 37 Jahren meine gute Frau Selma Berta Baatz geb. Gutte.

Nach einem arbeitsreichen Leben treuester Pflichterfüllung erlitt der Tod unsere innigstgeliebte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Braut Frau Theresie verw. Dietrich

Nach langen, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden entschlief heute Sonnabend mittag im Alter von 46 Jahren mein herzerguter Mann, lieber Bruder, Onkel und Schwager, der

Carl Georg Wenzel

Sein Sichgehen war nur Liebe und Güte. Leipzig, den 16. April 1921. In unsagbarem Weh Rosa Wenzel, Elise Schönberg geb. Wenzel, nebst den übrigen Hinterbliebenen.

Nach langen, schweren Leiden verschied am 16. April 1921 unser allverehrter Chef, Herr Gastwirt Georg Wenzel. Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen gerechten und schaffens-treudigen Prinzipal.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt Zur Bearbeitung des örtlichen Teils des Blattes und zur teilweisen Übernahme der Berichterstattung wird für die Volkszeitung in Halle (U. S. F.) für sofort ein tüchtiger und gewandter Redakteur gesucht.

Schuhwaren-Verkäuferin nur branchenfremd, per sofort gesucht H. Nordheimer, Leipzig, Hainstraße 5, III.

Schmied der große Erfahrungen im Pflughbau hat, als Eisen-schmied und Vorsteher der Schmiede ein. Klusafabrik gesucht.

Zuverlässiger junger Mann (Radfahrer) für Botengänge gesucht. Bewerbungen unter K. 73 an die Exped. d. Blatt.

Verkaufe Schuhmacherei zu verkauf. Wohlhab. Granshaarsstraße 5. Roth-Händler Zigaretten eingetroffen in den Zigarren-Geschäften...

Alte Schuhe für Herren und Damen verk. billig. Rant. Steinweg 21, I. Selingers Gelegenheitskäufe nur Turnerstraße 3, 2. u. 3. Etage.

Spottbillig Getragene und neue Anzüge und Hosen nur prima Qualitäten und feinste Schneiderarbeit auch Herren-, Damen- und Kinderbekleidung kaufen Sie wie altbekannt beim billigen Kanner Eisenbahnstr. 5 Laden.

Von Herrschaften wenig getragene, so gut wie neu, u. neuwertige, Damen- u. Kinder-Garderobe aus feinsten Stoffen, hergibt, fast alle wie altbekannt, gut u. billig für nur 6. Nummer, Reichstr. 14, Tr. 13.

Fahrräder neu, u. wie neu vorgerichtet. Fahrrad-Zubehör größte Auswahl allerbilligst. Beyer Kanthaber 33 Steinweg.

Fahrräder neu, u. wie neu vorgerichtet. Fahrrad-Zubehör größte Auswahl allerbilligst. Beyer Kanthaber 33 Steinweg.

Carl Neumann Wagenfabrik Leipzig-A.C. Wörthstr. 17. Tel. 12360. Meßstand an der Auenbrücke.

Fahrräder neu, u. wie neu vorgerichtet. Fahrrad-Zubehör größte Auswahl allerbilligst. Beyer Kanthaber 33 Steinweg.

Felle-Einkauf.

Ich bin noch wie vor Käufer für alle Sorten roher Häute und Felle zu Albin Wagner, Quersir. 27. höchsten Tagespreisen.

Grammophon-Platten kauft stets zu höchsten Preisen. Musikhaus Merkur, Bismarckstr. 17, Laden im 1. Hof u. Musikhaus Stern, Windmühlenstr. 36.

Alte Taschenuhren kauft Urmacher Urban Spenst für Reparaturen Wächterstraße 26. Nähmaschine kauft K. A. P. e. Nürnberg Str. 11.

Wagenfabrik Leipzig-A.C. Wörthstr. 17. Tel. 12360. Meßstand an der Auenbrücke.

Fahrräder neu, u. wie neu vorgerichtet. Fahrrad-Zubehör größte Auswahl allerbilligst. Beyer Kanthaber 33 Steinweg.

Telephonisch können Apparate nur in ganz außerordentlich dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgenommener Sätze leisten wir keine Garantie. Expedition d. Volkszeitung.